

# Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telefon Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßene Zeile oder deren Raum 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 187

Montag, den 12. August 1918.

25. Jahrg.

## Die Notleidenden.

Von R. Schmidt.

Die Kriegszeit hat uns unaufhaltsam an Entbehrungen gewöhnt, aus unserem Haushalt ist ein wertvolles Nahrungsmittel nach dem anderen verschwunden, und manche Dinge schweben uns nur noch in der Erinnerung vor, wobei sehnsuchtsvoll die Frage aufgeworfen wird, wann werden wir wieder zu den ehemaligen Genüssen zurückkehren. Wenn das alles sein müßte, wenn alle in gleicher Weise an dieser Unbill tragen würden, dann würde manche Bitterkeit aus der sehr berechtigten Klage der Notleidenden verschwinden. Aber jeder sieht, es gibt Leute, die es verstehen, sei es infolge ihres Geldsacks oder einer nie versagenden Unverschämtheit, sich allen Entbehrungen zu entziehen; sie gehören zu den Glücklichen, denen nichts ver sagt ist. Wenn schon dieser starke Kontrast in der Lebenshaltung zu heftigen Anklagen und Unzufriedenheiten Anlaß gibt, so muß die Art, wie in den Kreisen der Satten jede Gleichstellung bekämpft wird, geradezu aufreizend wirken.

Bezeichnend für den Mangel des Empfindens dafür, was in dieser Zeit die Landwirtschaft uns geben muß, ist das wüste Treiben, das sich um Dr. Koeslitz und v. Oldenburg gruppiert, das Sturmlaufen gegen die Zwangswirtschaft, gegen die angebliche Bedrückung der Landwirtschaft. Jeder verständige Mensch wird es begreifen, daß der Landwirt nicht die Hungerkuren der Städter mitmacht, er produziert und er wird zunächst zugreifen, um seine Bedürfnisse zu befriedigen. Es werden deshalb auch die Einteilungen, die dem Landwirt vorgeschrieben werden, soweit der eigene Verbrauch in Frage kommt, nie innegehalten; sie sind eigentlich nur eine Ermahnung, auch derjenigen zu gedenken, die sich heute nicht sattessen können. Zudem sind die berechneten Rationen für den eigenen Verbrauch des Landwirts immer reichlicher als für die Stadtbewölkerung, auch hiergegen wird nichts einzuwenden sein. Gewissenlos in hohem Maße ist es nur, wenn die Wortführer einer skrupellosen Agitationsmethode des Bundes der Landwirte sich heute wieder als die Notleidenden, als die Bedrückten hinstellen und in ihrer bekannten Art mit dem nötigen Radau ihre Forderungen zu betreiben wissen.

Heraus aus dem Zuchthaus! ruft Herr v. Oldenburg den westpreussischen Gutsbesitzern zu, um natürlich mit diesem Schlußwort die lebhafteste Zustimmung in diesem Kreis auszulösen. Sei, wie würden da die Preise steigen, wenn alles ohne Höchstpreise dem Weisbietenden verkauft werden könnte. Leiden nicht die westpreussischen Gutsbesitzer schweren Schaden, da sie nur einen Teil ihrer Butter im Schleichhandel, das Pfund zu 20 Mk., absetzen können? Werden ihnen nicht für die Eier 75 Pfennig bis eine Mark geboten, während sie bei der Beschlagnahme kaum die Hälfte bekommen? Werden nicht für den Zentner Korn bis zu 200 Mark geboten, und läßt sich nicht von dem städtischen Fuhrhalter bis zu 120 Mark für Hafer und Gerste herausziehen? Warum sollen die Ostelbier diese schöne Kriegskonjunktur nicht ganz ausnützen? Der Handel muß wieder seine Freiheit bekommen, damit nicht in die Herrenrechte der Ostelbier eingegriffen wird. Gewiß werden ihnen zu reichlich hohem Preis die Erzeugnisse der Wirtschaft abgenommen, aber die Ausfichten auf höheren Gewinn lassen alle legalen Einsichten schwinden: nur drauf los, die Zeit ist günstig, um mehr einzuheimen.

Gegenüber dieser nimmersatten Spektakelpolitik der Ostelbier erträgt die Arbeiterschaft geradezu mit Lammergebüll die harten Entbehrungen. Jawohl, die Arbeiter möchten auch aus dem Zuchthaus heraus, denn ihre Kost nähert sich recht bedenklich dem Speisezettel dieser Anstaltsküche; nur wäre es töricht zu glauben, daß die Herren Koeslitz und v. Oldenburg mit ihren Vorschlägen die Rettung bringen. Das wäre zum erstenmal in der preussischen Geschichte, daß die Wortführer der Herrenrechte der Ostelbier zu einer Tat fähig wären, die dem preussischen Volke in trüben Zeiten hilfreich und selbstlos zu Nutzen käme.

Wie unerhört provozierend diese Aktion des extremen Agrariertums ist, kommt uns zum Bewußtsein, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß es in diesem Jahre nur mit Mühe und Not gelungen ist, soviel Brotgetreide zu erhaschen, um nicht gänzlich die städtische Bevölkerung in den letzten Wochen vor der Ernte vor dem Nichts zu stellen. Und trotz der guten Kartoffelernte gelang es auch hier nicht, den Bedarf zu decken. Wäre nicht rücksichtslos in die Schweinebestände eingegriffen worden, dann wären wir mit den Kartoffelbeständen bereits im Frühjahr zu Ende gewesen; und wenn wir demgegenüber auf die freie Abgabe des Landwirts und die freie Bewirtschaftung im Handel uns verlassen wollten, so wäre mit absoluter Sicherheit darauf zu rechnen, daß noch größere Mengen von Korn und Kartoffeln verfaulen würden, als es schon geschah; einen Teil hätten die zahlungsfähigen schnell aufgekauft, und ein weit kleinerer Rest als jetzt wäre bei diesem Wettbewerb für die ärmsten Volksschichten verblieben, den sie sich dann im Rennen und Jagen gegenständig hätten abgeben können. Auf diese Verlorenheit wollen wir uns nicht einlassen, obwohl wir auch im geltenden System keine ideale Lösung finden, die es überhaupt in der kapitalistischen Gesellschaft nicht gibt.

Es ist nicht übersehend, daß die Koeslitz und Oldenburg auch bei den zahlungsfähigen Städtern mit ihrem System Unverträglichkeiten gefunden haben, vom Standpunkt der zahlungsfähigen verspricht es den Nutzen einer reichlichen Versorgung. Der Preis würde die ganze Höhe erklimmen, die bei einer schwachen Marktlage nur erreicht werden kann, der Minderbemittelte kann da nicht mitkommen, er wird beiseite geschoben.

Damit kommen wir zu einer zweiten Klasse der „Notleidenden“, denen wir uns auch ein wenig widmen müssen. — Als im Frühjahr die Bundesratsverordnung bekanntgegeben wurde, wonach in den Badeorten der Aufenthalt von Fremden beschränkt werden kann, abgesehen von Kranken, die nach wie vor einen Vorzug genießen sollten, erhob sich nahezu in der gesamten bürgerlichen Presse eine Entrüstung gegen diese Anordnung; und schließlich kam das Gastwirtsgewerbe und drohte mit einem Streik, wenn nicht ihnen in genügender Weise eine Lebensmittelversorgung gewährt würde. Die Bemühungen sind nicht ohne Erfolg geblieben. Aus sehr vielen Bade- und Erholungsorten hört man, daß die Verpflegung ganz vorzüglich ist, Fleisch wie zu Friedenszeiten zur Verfügung steht. Man kann es den Landleuten nicht verargen, wenn sie die vielen nicht gerade an Unterernährung Leidenden, die sich während des Sommers in den Badeorten aufhalten und nach einigen Wochen ihren Aufenthaltsort wechseln, mit nicht gerade angenehmen Gefühlen betrachten; noch weniger ist die Einwohnerlichkeit solcher Orte erfreut, wenn sie sehen muß, daß ihnen alle Lebensmittel veräußert und die Rationen immer dürftiger für sie werden. Dabei benimmt sich die heraufgekommene Schicht der Kriegsgewinnler anmaßend und großzügig und erweckt so bei manchem den Eindruck, die städtische Bevölkerung sei allgemein von demselben Schlag. In welcher Weise man z. B. in Bayern über diese Fawlsenger, die sorglos in den Tag hineinleben, denkt, dafür genügt das Urteil der Einheimischen zu erfahren. Niemand wird dem Beamten oder Angestellten seine paar Wochen Erholung mißgönnen, aber um der Sorte Erholungsbedürftiger willen, die monatelang im Webersfuß sich gut tut, während andere bei schwerer Arbeit mit harten Entbehrungen zu kämpfen haben, wird für die übrige Bevölkerung die Fleischnation gekürzt, die letzten Kartoffeln sind längst verbraucht, nur in den Badeorten spüren die Sommergäste nichts. Vor kurzem ging durch die Presse die Mitteilung, daß allein in Bayern 400 000 Stück Rindvieh ohne Schlachterlaubnis in den Badeorten verschwinden sind. Ein Zustand ungeheurer Art, mit Recht wird verlangt, daß die Fleischnation für die Sommergäste nicht höher sein darf, als für die übrige Bevölkerung. Aus anderen Badeorten kommen ähnliche Schilderungen, und das alles in einer Zeit, wo die ärmere Bevölkerung fortgesetzt in schwerer Sorge ist, woher sie den täglichen Bedarf nehmen soll.

Diejenigen, die bei schwerer Arbeit ihr Tagewerk verrichten müssen, sei es tief unten im Bergwerk, oder bei der Gluthitze des Hochofens oder im haltenden Getriebe der Rüstungsindustrie, müssen sich mit einer kümmerlichen Versorgung begnügen, während die anderen sorglos in den Tag hineinleben. Muß nicht dieser Kontrast, der täglich dem Arbeiter vor Auge tritt, die Stimmung in der übelsten Weise beeinflussen? Dabei sehen von einflussreichen Seiten die Bemühungen ein, diesen Zustand noch zu verschärfen. Der höhere Lohn, den der Arbeiter erreicht, geht voll auf für Lebensmittel; an ein Anschaffen von Kleidung, Wäsche oder sonstigen Hausbedarf kann garnicht gedacht werden, da die Preise nicht mehr erschwänglich sind. Dem Arbeiter ist nicht mehr zu entfliehen, denn er durchbricht alle Schranken und findet überall Verteidiger. Gelegentlich spricht man davon, welche ungeheuren Opfer das Volk ertragen muß; leider nehmen diese Bürde nicht alle auf sich, sondern wälzen sie auf die dort unten ab, und sie sind am Werk, dies noch nachhaltiger und rücksichtsloser zu tun, wenn man an verantwortlicher Stelle diesem Treiben nachgibt.

## Die Schlacht im Westen.

Auf breiter Linie ist seit einigen Tagen der Gegner im Westen zum Angriff vorgegangen. Während er sich zunächst auf das Gebiet zwischen Ancre und More beschränkte, hat er daselbst nun bis zur Dije ausgedehnt. Es handelt sich hier um bei den früheren deutschen Offensiven geschaffenen Frontausbuchtungen, die bei einer Defensiv für den Verteidiger ungünstig sind. Wie bei früheren Anlässen hat auch hier die deutsche Oberste Heeresleitung die Taktik eingeschlagen, nur unter Aufwendung und Gefährdung zahlreicher Truppenmassen zu haltendes Gelände aufzugeben; so wurde auch Montdidier vor einem drohenden Umfassungsangriff rechtzeitig geräumt. Daß bei einem solchen Rückzug Verluste nicht ausbleiben, ist unvermeidlich. Die Hauptsache ist, daß die Pläne des Gegners, die natürlich nicht nur auf die Eroberung kürzlich verlorenen Geländes gerichtet sind, scheitern. Und das ist, wie die deutschen Heeresberichte zeigen, bisher in diesem gigantischen Ringen der Fall gewesen und wird hoffentlich auch ferner so sein.

Wir lassen nun die Heeresberichte folgen:

Die deutschen Heeresberichte.

RTS. Großes Hauptquartier, 11. August. (Amtlich.)  
Westlicher Kriegsschauplatz.  
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Zwischen Yper und Ancre ließ die erhöhte Artillerietätigkeit tagsüber nach. Am Abend lebte sie wieder auf. Stärkere Vorstöße des Feindes beiderseits der Dije wurden abgewiesen.

An der Schlachtfront hat der Feind seine Angriffe bis zur Dije ausgedehnt. Zwischen Ancre und Somme brachen sie vor unseren Linien zusammen. Nicht südlich der Somme blieb die feindliche Infanterie nach ihrem Mißerfolg am 9. August untätig. Starke Teilangriffe des Gegners bei Reinecourt und beiderseits der Straße Amiens und More schlugen wir die mehrfach wiederholten feindlichen Angriffe ab. In den beweglichen Kämpfen gegen feindliche Uebermacht und gegen den Masseneinsatz von Panzerwagen kam auch hier wiederum die unerlöschliche Angriffskraft unserer Infanterie voll zur Geltung. Vielfach brach der Sturm des Feindes schon im Feuer unserer Artillerie zusammen. Vor einem Divisionsabschnitt liegen allein mehr als 40 zerstörte Panzerwagen. Zwischen More und Dije legte der Feind nach heftiger Artillerievorbereitung zu starken Angriffen gegen unsere alten Stellungen von Montdidier bis Kuthenil an. Er vermochte unsere gestern gemeldeten neuen Kampflinien östlich von Montdidier nicht zu erreichen. Unsere Nachhut empfingen den Feind in unseren alten Stellungen mit starkem Feuer und wichen darauf kämpfend über die Linie Laboisiere—Reinwillers—Riquebourg—Marest aus.

Wir schossen wiederum 23 feindliche Flugzeuge und einen Fesselballon ab. Leutnant Kroll erlangt seinen 30., Leutnant Balsens seinen 21. und 25., Leutnant Kaumann seinen 21., 22. und 23., Leutnant Auffarth seinen 21. Luftstieg.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.  
An der Weste wurden Angriffe des Feindes zwischen Bismea und Courlandon abgewiesen. In der Champagne westlich der Straße Somme—St. Souain Teilangriffe, in denen wir Gefangene machten.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

RTS. Berlin, 11. August, abends. (Amtlich.)

An der Schlachtfront zwischen Ancre und Dije sind heftige Angriffe des Feindes gescheitert.

Englischer Bericht vom 10. August. Die Alliierten erneuerten den Angriff auf der ganzen Kampffront südlich der Somme und machten trotz des wachsenden Widerstandes überall Fortschritte. Die Franzosen erweiterten die Front nach Süden und nahmen Verrepond und den Wald nördlich davon, auch drangen sie vier Meilen nördlich und nordöstlich davon vor. Kanadier und Australier drangen in bewundernswürdigen Vorstoß vor, nachdem sie die äußeren Verteidigungslinien vor Amiens genommen hatten, nach heutigem Kampf zwei Meilen darüber hinaus. Vor dem anbrechenden Abend erreichten die Franzosen und Engländer die Linie Verrepond—Arvillers—Rohieres—Reinecourt—Rocourt, wo die Kämpfe andauern. Östliche Kämpfe nördlich der Somme. Die Zahl der Gefangenen beträgt 17 000. Zwischen 200 und 300 Geschütze wurden erbeutet, darunter schwere Eisenbahngeschütze, eine große Anzahl Grabenmörser, Maschinengewehre, ungeheure Materialvorräte, einschließlich eines Zuges. Unsere Verluste sind außergewöhnlich gering.

Englischer Bericht vom 10. August, mittags. Gestern nachmittag und abend wurde der Vormarsch der verbündeten Truppen an der ganzen Front südlich von Montdidier bis zur Ancre fortgesetzt. Die Franzosen, die südlich Montdidier angriffen, nahmen im Laufe des Nachmittags die Orte Le Tronquoy, Maunwillers und bedrohen Montdidier vom Südosten her. Sie machten in diesem Abschnitt über 2000 Gefangene. Kanadische und australische Divisionen nahmen Bouchoir, Meharcourt und Lihous (?) und drangen in Reinecourt und Rogard ein. Am Abend griffen die Engländer und Amerikaner in dem Winkel zwischen Somme und Ancre an und erzielten sofort einen Erfolg. Mit Einbruch der Nacht waren alle Ziele einschließlich des Dorfes Marlescourt und der Hochfläche südwestlich davon genommen. Feindliche Gegenangriffe in diesem Abschnitt wurden nach scharfem Gefecht abgewiesen. Die Zahl der von den Alliierten seit dem 8. August gemachten Gefangenen übersteigt 24 000.

## Die ernste Lage in Rußland.

Was die Sozialdemokratie nach dem Abschluß des Brester Schermerfriedens vorausgesagt hatte, ist eingetreten. Dieser Friede hat die Verhältnisse im Osten nicht konsolidiert, sondern stellt Deutschland jetzt vor einer neuen schwerwiegenden Entscheidung. Der Brester Friede hat in Rußland eine starke deutschfeindliche Strömung ins Leben gerufen, die Wasser auf die Mühle der Entente ist. Läßt Deutschland den Dingen ihren Lauf, so droht Rußland mindestens politisch und wirtschaftlich, wenn nicht gar auch militärisch, zum Werkzeug der Entente zu werden. Scheitert Deutschland in Rußland ein, so gesteht es, daß selbst die bolschewistische Regierung nicht fähig war, den Frieden von Brest-Litovsk aufrecht zu erhalten, und rechtfertigt die Entente, die diesem Frieden immer ihre Anerkennung verweigert hat. Es ist also eine schwerwiegende Entscheidung, vor die Deutschland gestellt wird. Wie sie gelöst werden soll, ist heute noch nicht zu sagen.

Der Ernst der Lage in Rußland erhellt neben vielen anderen Tatsachen auch aus dem Umstand, daß die deutsche Gesandtschaft vor Moskau nach Pflow verlegt worden ist. Amtlich wird das wie folgt mitgeteilt:

Staatsminister Dr. Helfferich teilte der Regierung der Sowjet-Republik mit, daß die Entwicklung der Verhältnisse in Moskau und besonders die partei-offizielle Proklamation der Sozialrevolutionäre über die Anwendung des Terrors als Kampfmittel die persönliche Sicherheit der Mitglieder der Gesandtschaft außerordentlich gefährdet erscheinen lasse. — Um etwaigen Zwischenfällen vorzubeugen, die unter diesen Umständen beim besten Willen fast unvermeidlich erscheinen und steigend sein würden, die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjet-

Republik ernsthaft zu gefährden, ordnete er die einstweilige Uebernahme der Gesandtschaft zusammen mit den Mitgliedern der Gesandtschaft an einen weniger gefährdeten Ort an.

Legationsrat Dr. Riesler reiste seither mit den Mitgliedern der Gesandtschaft und einem Teil der in Moskau weilenden Kommissionen demnächst nach Petersburg ab. Mit Rücksicht auf die Lage in Petersburg, welche derjenigen in Moskau ähnelt, wurde die kaiserliche Gesandtschaft gestern angewiesen, zunächst Pskow als Aufenthaltsort zu wählen. Die Reise dorthin findet infolge Störung der direkten Verbindung zwischen Pskow und Petersburg über Helsingfors und Reval statt.

Zur Verlegung der deutschen Gesandtschaft nach Wlesow (Pskow) bemerkt der „Berl. Lok.-Anz.“: Die neue Station der Gesandtschaft in Wlesow ist lediglich als eine Art Beobachtungsposten gedacht. Von der demnächstigen Entwicklung der Dinge in Russland und von den bevorstehenden Besprechungen im Großen Hauptquartier wird es abhängen, ob und von welcher Dauer die Verlegung unserer Gesandtschaft in Wlesow sein wird. Auch der Umstand wird dabei mit entscheidend sein, wie die Sowjet-Regierung praktisch den Geschäftsverkehr mit dem neuen Sitz der deutschen Gesandtschaft gestalten wird.

Ueber die Umstände, die zur Verlegung unserer Gesandtschaft bei der Sowjet-Regierung von Moskau nach Wlesow geführt haben, erzählt der „Berl. Lok.-Anz.“ von bestunterrichteter Seite: Die Unzufriedenheit mit den Bolschewisten, deren Leistungen man wohl nicht recht politisch erkannt hatte, steigerte sich schnell und ließ den Strom der linkssozialrevolutionären Bewegung schnell anschwellen. Die erste Folge war die Ermordung des deutschen Gesandten Grafen Mirbach, die zweite eingetandenermaßen das Attentat auf den Generalfeldmarschall v. Eichhorn, welches letzteres noch sinnloser erscheinen mußte als das erste. Graf Mirbach war vor seiner Ermordung gewarnt worden. Seinem Nachfolger erging es nach seinem Eintreffen in Moskau ähnlich. Die Lage war in wenigen Tagen dort ganz außerordentlich bedrohlich geworden. Die Hauptredakteure der Revolutionäre, wie Frau Spiridowa und Gramblow, konnten von den Bolschewisten nicht gelassen und erschossen werden, sondern sie sind, wie es heißt, entkommen. Die Unzufriedenheit wurde so groß, daß die Mitglieder der deutschen Gesandtschaft ihre Hotels nicht mehr verlassen konnten.

Bei dieser verworrenen Lage werden natürlich wieder Nachrichten über Russland in die Welt gesetzt, die nachzutreffen unmöglich ist. So wird z. B. berichtet, daß Lenin und Trotski Moskau fluchtartig verlassen haben sollen und sich in Kronstadt befinden. Wir legen vorläufig hinter dieser Nachricht noch ein großes Fragezeichen.

Die Sowjet-Regierung geht nun die Entente an den Kraken. Die Petersburger Telegrammenagentur meldet: Da die Engländer, ohne den Krieg zu erklären, russische Städte besetzen und russische Bürger beschließen, besonders Sowjet-Mitglieder, wurden englische und französische Bürger verhaftet, um als Geiseln interniert zu werden. Ausgeschloffen sind alte Leute und Männer, die eine zahlreiche Familie haben, sowie alle Arbeiter ohne Ausnahme. — Nach einer Pariser Meldung sind u. a. der französische und englische Generalkonsul und der Führer der französischen Militärmision verhaftet worden.

In welcher Weise die Entente in Russland arbeitet, erhellt aus folgender Rundgebung der britischen Regierung an das russische Volk, die von den britischen Vertretern in Mediwostok, Murman und Archangelst veröffentlicht wurde:

„Eure Militärs haben Euch nicht vergessen. Wir erinnern uns an alle Dienste, die Eure heldenhaften Armeen uns in den letzten Kriegsjahren geleistet haben. Wir kommen als Freunde, (1) um Euch zu helfen, damit Ihr Euch vor der Zerstörung und Verwüstung durch Deutschland rettet, welches Euer Volk unterjochen und die großen Hilfsmittel Eures Landes für seine eigenen Zwecke benutzen will. Aber wir erklären Euch feierlich, daß wir, während unsere Truppen russischen Boden betreten, um Euch im Kampfe gegen Deutschland zu unterstützen, nicht einen Fuß breit Eures Landes zurückbehalten werden. Wir bedauern den Bürgerkrieg, der Uneinigkeit und inneren Zwiespalt unter Euch brachte, denn er erleichtert die deutschen Eroberungspläne. Wir haben jedoch nicht die Absicht, Russland irgend ein politisches System aufzuzwingen. Das Geschick Russlands ruht in der Hand des russischen Volkes. Meinend das russische Volk soll über seine Regierungsform und die endgültige Lösung seiner sozialen Probleme entscheiden. Völker Russlands! Es geht um Euer Reich als unabhängige Nation. Die Freiheiten, die Ihr durch die Revolution gewonnen habt, werden von Deutschlands eigener Hand mit Vernichtung bedroht. Schützt Euch um die Fahne der Freiheit und Unabhängigkeit, welche wir, die wir noch immer Eure Militärs sind, in Eurer Mitte aufgerichtet haben, höher den Triumpf jener beiden großen Grundzüge, ohne die es keinen dauernden Frieden und keine wahre Freiheit für die Welt geben kann. Völker Russlands! Wir wollen nicht allein die deutsche Durchdringung um Stößen bringen, sondern Euren ruinierten, leidenden Lande wirtschaftliche Erleichterungen verschaffen. Einiges von dem, was Ihr braucht, haben wir bereits geliefert. Aber noch mehr soll folgen. Wir wünschen die Entwicklung der industriellen und natürlichen Hilfsquellen Eures Landes zu fördern, ohne sie für uns auszunutzen. Wir wünschen den Güterausgleich wiederherzustellen, den Verkehr anzuregen und Euch in den Stand zu setzen, Euren rechtmäßigen Platz unter den freien Nationen der Erde einzunehmen. Völker Russlands! Vereint Euch mit uns zur Verteidigung Eurer Freiheiten! Unser einziger Wunsch ist, Russland hart und frei zu sehen und uns dann zurückzuziehen, um zu verbleiben, wie das russische Volk seiner Geschichte entsprechend seinen eigenen oft ausgeprochenen Wünschen gestaltet.“

Die Sowjet-Regierung hat das Spiel der Entente natürlich durchschaut; sie kriecht nicht auf den Leim der Scheinheiligen „Freunde Russlands“. Auf dem zweiten Kongreß der Sowjets des Nordgebietes, der vom Vorsitzenden des Sowjets, Volkstommilar des Nordgebietes Sonomjew, eröffnet wurde, hielt Trotski, der mit großer Begeisterung empfangen wurde, eine Rede, in der er den augenblicklichen Zustand der Sowjet-Republik schilderte:

Wir müssen uns klar werden, daß der Zustand der Tschekoslowaken keine Empörung einiger Tscheko-Slowaken ist, sondern ein Feldzug der französischen und englischen Imperialisten gegen die Sowjet-Republik. Trotski wies auf den zweifellosten Zusammenhang des Aufstandes der Tscheko-Slowaken mit der Landung von Engländern und Franzosen am Murman hin. Unsere Kisten Gardien ahnen nicht die große Gefahr des tscheko-slowakischen Aufstandes, der von den Alliierten und Imperialisten geleitet wird. Deshalb beschloßen wir, nach dem Urteil unsere besten Generale zu schicken, die mit den Kisten Gardien das Elend des Kampfes teilen und sie leiten sollen. Wir hegen große Hoffnungen auf das rote Petersburg des Nordgebietes. Es soll der Front Arbeiter geben, die dort fehlen. Am Schluß jagte Trotski: Ich zweifle gar nicht daran, daß wir siegen werden, aber wir haben nicht das Recht dazu, den Sieg zu verschieben und unsere Generale, Militärs und Schwärmer hungern zu lassen, da das Brot, das im Ural vorhanden ist, wegen des tscheko-slowakischen Aufstandes nicht transportiert werden kann. Ich bin nicht eines feierlichen Kongresses wegen hierher gekommen, sondern um Alarm zu schlagen und zu sagen: „Alle nach dem Ural, das Wasserland ist in Gefahr.“ Wir kämpfen, es bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen.“ (Rückwärtiger Beifall.)

Nach der Rede Trotskis machte Satin den Vorschlag, die Kisten Gardien, die vom 3. Sowjet-Kongreß in Moskau beschloßen wurde,

debatte los anzunehmen. Darauf gab Grew, Mitglied der linken sozialrevolutionären Partei, bekannt, daß die linken Sozialrevolutionäre sich der Revolution der Kommunisten anschließen.

Aus allen diesen Nachrichten, die noch verhäßt werden durch die Mitteilung, daß in Petersburg neue Unruhen ausgebrochen sind, erhellt die schwierige Lage der Sowjet-Regierung. Ohne weiter auf die Bergangenheit einzugehen, möchten wir im Interesse Russlands und Deutschlands nur wünschen, daß es Lenin und Trotski gelingt, dieser gewaltigen Schwierigkeiten doch noch Herr zu werden.

## Was der Krieg bringt.

### Der Kampf gegen den Frieden in England.

Im Laufe der Beratungsdebatte des Unterhauses rief die pazifistische Gruppe eine Erörterung hervor, in der sie verlangte, es sollten entschiedenere Anstrengungen in der Richtung des Friedens gemacht werden. Dazu ergriß auch Balfour das Wort. Er sagte:

Die Debatte habe keine neuen Tatsachen geliefert und alles Gerede, daß man der deutschen Demokratie neue Ideen bringen und den Frieden erlangen müsse, indem man die deutschen Mehrheitssozialisten dazu überrede, ihre Ansichten zu ändern, habe in der Tat auf das wahre Hindernis zu einem rechtlichen Frieden keine Rücksicht genommen. Das Hindernis sei, daß der deutsche Militarismus nicht auf den Ehrgeiz einiger Soldaten oder genauer gesagt, der Militärpartei, sondern darauf beruhe, daß die deutschen Schriftsteller, Professoren, Theoretiker und Praktiker, und solche, die sich mit dem Handel und den historischen Untersuchungen beschäftigen, alle die Theorie vertreten, daß die wahre Politik jeder Nation, die groß sein wolle, eine Politik der Weltbeherrschung sei. Diese große unmoralische Fiktion habe gerade unter den gebildeten Klassen in Deutschland Wurzel gefaßt, und ehe diese Wurzel nicht gestört sei, bestehe nur sehr geringe Hoffnung, daß Deutschland freiwillig ein friedfertiges Mitglied der Gesellschaft der Nationen werde. Das Uebel hatte seinen ersten Ursprung in den leicht errungenen militärischen Erfolgen Deutschlands, und der einzige Weg, dieses Uebel zu zerstören, bestehe darin, zu zeigen, daß der Krieg nicht immer zu leichten Erfolgen und zuweilen zu gar keinem Erfolge führt. „Uniere Aufgabe ist nicht, zu fragen, ob diese abscheulichen deutschen Doktrinen ein Phantasiegebilde vereinzelter unabhängiger Denker waren. Wir haben uns nur an die Handlungen der deutschen Regierung zu halten.“

Von Belgien, sagte Balfour, wolle er nichts anderes sagen, als das Haus daran erinnern, daß bisher noch niemals ein deutscher Staatsmann, selbst wenn die Ereignisse der friedlichen Richtung in Deutschland den kräftigsten Anstoß gaben, es über sich gewinnen konnte, klar und bestimmt, ohne Zweideutigkeit, zu sagen: „Wir haben Belgien ohne Grund genommen, wir wollen es zurückgeben, sobald es uns möglich ist, und zwar mit allem, was wir ihm genommen haben.“ Niemals haben sie so gesprochen, und das würde die einzige Politik sein, die die extremsten Faschisten im Unterhause befriedigen könnte.

Es sind krasse Versuche, die Friedensströmung im eigenen Lande zu ignorieren und von den Zuständen in Deutschland ein falsches Bild zu geben. Vor allen Dingen fällt auch hier die Tatsache wieder auf, daß die englischen Kriegsheer vom Schlage eines Balfour ihre Argumente aus dem Eroberungsgeheiß unserer Alldeutschen herleiten. Wohl kann man annehmen, daß die maßgebenden Politiker selbst die genügende Kenntnis der deutschen politischen Machtverhältnisse haben, um zu wissen, daß die schreibenden „Professoren und Theoretiker“ nur eine kleine Gruppe darstellen, die politisch nichts hinter sich haben. Aber es ist so leicht, im Auslande mit einigen Presseäußerungen dieser Art die gewünschte Stimmung gegen Deutschland hervorzurufen. Dazu kommt, daß unsere Regierung der alldeutschen Richtung nicht mit der notwendigen Stärke gegenübertritt. So dient die politische Literatur der Alldeutschen dazu, nicht nur ein falsches Bild der wirklichen deutschen Stimmung im Auslande zu geben, sondern hat die Wirkung, die Friedensarbeit in England zu erschweren und die Kriegsstimmung zu verlängern.

### Der finnische Staatsstreich perfekt.

Der finnische Landtag — dieses gewaltsam von den Sozialisten entblöhte Kumparliament — hatte sich am Sonnabend mit dem vom Ausschuß gutgeheißenen monarchischen Antrag zu beschäftigen, die Regierung zu ersuchen, die zur Barzahlung der Königswahl auf Grund des § 38 der alten Verfassung erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Nach vierstündiger Debatte wurde ein republikanisches Petition, dem monarchischen Antrag schlechthin zu verwerfen, mit 68 gegen 33 Stimmen abgelehnt, was eine runde Zweidrittel-Mehrheit für die Sache der Monarchisten bedeutet. Der monarchische Antrag siegte schließlich mit 58 Stimmen gegen 44, die einem Kompromiß zustimmen, das die Einbringung einer neuen Regierungsvorlage vorsah. Auf Grund des gefassten Beschlusses wird der Landtag voraussichtlich Anfang September zu einer neuen außerordentlichen Sitzung zwecks Vornahme der Königswahl einberufen.

Wären die 90 sozialistischen Abgeordneten nicht gewaltiam von der Teilnahme an den Landtagsverhandlungen zurückgehalten worden, dann wären die Monarchisten glänzend unterdurch gewesen. So haben sie einen „Sieg“ errungen, der ihnen vielleicht noch einmal teuer zu stehen kommen dürfte.

### Der Gefangenenaustausch mit Frankreich nicht eingeleitet.

Nach einer Meldung des Wolff-Bureaus aus der „Nordd. Allg. Ztg.“, die auch in unser Blatt übergegangen ist, sollte der deutsch-französische Gefangenenaustausch seit Mitte Juli eingeleitet sein. Diese Meldung ist falsch. In der uns vorliegenden Nummer 401 der „Nordd. Allg. Ztg.“ heißt es wörtlich: „Der zwischen Deutschland und Frankreich vereinbarte Austausch der mehr als 18 Monate kriegsgefangenen Heeresangehörigen und der sämtlichen Zivilinternierten ist seit Mitte Juli im Gange.“

### Der Mord am Feldmarschall v. Eichhorn

ist geklärt worden. Der Mörder Donskoi, der nach Wolff dabei blieb, daß die Anstifter in den Reihen von der Entente gekaufter Sozialrevolutionäre zu suchen seien, wurde zum Tode verurteilt und gestern nachmittag in Kiew öffentlich erhängt.

### Die österreichisch-ungarischen Berichte.

#### Italienischer Kriegszug nach Wien, 10. August. (Amtlich.)

An der venezianischen Gebirgsfront kam es gestern wieder zu großen Infanteriekämpfen. Zwischen Canope und Anago gingen in den frühesten Morgenstunden Entente-Truppen nach einem gewaltigen Feuerbeschlag in dichten Wäldern zum Angriff über. Die feindlichen Sturmkolonnen wurden überall unter schweren Verlusten gemorret. Wo es ihnen vor-

übergehend gelang, in unseren Linien Fuß zu fassen, trieben wir sie im Gegenstoß zurück.

Ebenso scheiterten alle Versuche des Feindes, sich im Kolone-Gebiet auszubreiten, an dem tapferen Widerstand unserer Truppen. An den anderen Frontteilen Artillerie- und Patrouillengeplänkel.

#### Albanien:

Keine besonderen Ereignisse.

#### Wien, 11. August. (Amtlich.)

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden wiederholten die Entente-Truppen gestern früh ihre schlagartigen Angriffe. Das Kampffeld dehnte sich von Canope bis an den Raum des Col del Rosso aus. Der Feind wurde nach erbittertem Ringen überall zurückgemorret und erlitt sehr schwere Verluste. Es wurden Engländer, Franzosen und Italiener gefangen. Unter den tapferen Verteidigern fällt den ungarischen Regimentern Nr. 82, 101 und 133 besonderer Anteil am Erfolge zu. Sonst weder an der italienischen Front, noch in Albanien Ereignisse von Belang.

#### England und die Intervention in Russland.

Auf der Anfrage des Abgeordneten King im englischen Unterhaus am 8. 8., ob die Erklärung der englischen Regierung über die Operationen der Alliierten in Russland gleichzeitig im Namen Frankreichs, Japans und der Vereinigten Staaten erfolgte, erwiderte Balfour: Wir haben keine Erklärung für unsere Verbündeten abgegeben. Was wir im eigenen Namen erklärt haben, lautet:

„Das Ziel der Regierung ist die Herbeiführung der politischen und wirtschaftlichen Wiederherstellung Russlands ohne innere Einmischung irgendwelcher Art und Verletzung der feindlichen Streitkräfte von russischem Boden. Die Regierung erklärt kategorisch, daß sie keinerlei Absicht hat, im geringsten Maße die territoriale Integrität Russlands zu verletzen.“

Ich hege keinen Zweifel, daß dieses im höchsten Einklange mit der Ansicht aller vereinigten Regierungen steht.

King fragte mit offenkundiger Ironie weiter: Wäre es nicht ebenso gut, wenn diese bewunderungswürdige Kriegszielklärung mit der bestimmten ausdrücklichen Zustimmung der Bundesgenossen durchgeführt würde?

Balfour antwortete: Unsere Bundesgenossen mögen es für weise halten, eine gemeinsame Erklärung abzugeben oder nicht. Es genügt, daß die verschiedenen Regierungen eine eigene Erklärung abgeben.

Snowden fragte, wie der Ausdruck „Herbeiführung der politischen und wirtschaftlichen Wiederherstellung Russlands“ zu verstehen sei. Thorne rief ihm zu: Alle Deutschen hinauszuwerfen.

Balfour antwortete: Es bedeutet, daß wir hoffen, Russland politisch in einer geordneten Lage zu sehen als jetzt. Es bedeutet dies unter anderen Dingen.

#### Ein neues Homerule-Gesetz für Irland?

„Neue Kolterb. Courant“ meldet aus London: Der Staatssekretär für Irland, Shortt, teilte am 8. August mit, daß die dafür aufgestellte Kommission ihre Bemühungen, ein annehmbares Homerule-Gesetz zu entwerfen, wieder aufnahm, und sprach die Hoffnung aus, daß die irischen Mitglieder des Unterhauses diese Bemühungen unterstützen werden. Nach den letzten Erfahrungen über die irische Politik und dem tatsächlichen Abbruch der Beziehungen zwischen der Regierung und den Nationalisten rief diese Mitteilung allgemeine Ueberraschung hervor.

#### Der Krieg auf den Meeren.

W.B. Berlin, 10. August. (Amtlich.) Westlich des Kanals und an der Westküste Englands versenkten unsere U-Boote, zum Teil aus stark gesicherter Geleitzügen, 15 000 Brutto-Register-Tonnen.

W.B. Berlin, 12. August. (Amtlich.) Neue U-Boote-Erfolge im Mittelmeer: 4 bewaffnete Dampfer von zusammen 17 000 Brutto-Register-Tonnen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

#### Kleine Nachrichten.

Wie die „Schlesische Ztg.“ erfährt, ist der Kampfflieger Oberleutnant Poewenhardt gefallen. Malon ist am Sonnabend in die Verbannung nach Spanien abgereist, nachdem er in einem Brief an Deschanel gegen das Urteil scharf protestiert hat.

## Im Futterparadies.

Die Leser und Lesherinnen werden mit Schlussbetrachtungen zu kämpfen haben, wenn sie lesen, was der Wiener „Arbeiterzeitung“ aus Schweden und zwar aus dem ländlichen Schweden, nicht aus Stockholm, geschrieben wird:

Natürlich wirkt der Krieg mit seinen Räten und Geboten auch bis hierher. Brot und Zucker sind rationiert wie überall im Lande, die Butter in zwei winzigen Krüglein für den Tag zugemessen, der Kaffee traurig grauer Erjaß. Aber im Ubrigen: Sped im Ueberfluß, Kartoffeln und ganz nach Belieben aus den vollen Schüsseln Milch, Milch soviel man mag und — kann. Hier stehen zum Frühstück und zum Abendessen häßliche, immer wieder frisch gefüllte Krüge auf dem Aurichtische und der Gast bedient sich frei. Die Milch ist in den feinsten Preis der Beköstigung einbezogen.

Es sind hier keine „Gullasche“ (Kriegsgewinner), die sich in dem anspruchlosen Wirtshaus zusammenfinden, sondern Angehörige und Beamte, Mittelbürger mit erholungsbedürftigen Kindern, blasse Frauen — im ganzen Leute, die ein paar knappe Urlaubswochen eines Arbeitsjahres zur planvollen Auffrischung ihrer Lebenskräfte benutzen wollen. Man ist hier, um sich satt und gesund zu essen, und trachtet gar nicht, das voreinander zu verzehnen. Die Scham existiert auch im Futterparadies nicht. Ein robuster Egoismus regiert, ohne indes das Recht des Nächsten niederzutreten. Jedermann kommt zu seinem gefüllten Teller, aber jeder muß sich auch dafür rühren.

Wie die Milch, werden die Kartoffeln, die Eierpeisen, der Fisch und anderes auf dem großen Tisch aufgetragen, wo sich jeder seinen Teil holen mag. Es ist ganz amüßant, dabei die verschiedenen Gäste zu beobachten, wie sie einem aus Charakteranlage und Beobachtung zusammengesetzten System folgen. Der Knackige, aber doch schon sehr gesund aussehende Herr an meinem Nebentisch, der logar hier sensationell wirkende Mengen aufstößt, holt sich seine Portionen in regelmäßigen, selbstgewilligen Vorstößen; das junge, gleichfalls erstaunlich leistungsfähige Mädchen dort erhebt mit schwarzem Blick den Augenlid, wo die Speisenträgerin eine frische Ladung deponiert, und schwebt still, unauffällig, aber zweckbewußt dahin. Der eine setzt sich die Massenverteilung der Erdäpfel am Tische, dem andern klebt die Milch für die Generals-

Bestrebung. Jeder geht in seiner Weise vor: der eine vertraut auf die unverfälschte Stabilität, der andere manövriert sich in schiefer Schlachtlage vor. Keiner aber möchte es hier mit Joffres Taktik des langsamen Abnabbers versuchen. Dazu fehlt uns allen die Zeit.

Bei allem selbstverständlichen Egoismus herrscht doch in der Gesellschaft eine gewisse Kameradschaftlichkeit. Auf der Güterwage im Bahnhof nebeneinander werden bisweilen die Erfolge ausgemessen. Der Refektor, den einer davon trug — fünf Kilogramm Gewichtszunahme in einer Woche — fand bei allen sympathische Anerkennung. Jeder fand darin eine Bestätigung seiner höchsten Zwecke und eine Aufmunterung zur Nachahmung.

So verlaufen — ja laufen — den Menschen hier die Tage in Unschuld, Harmlosigkeit und animalischem Lebensgefühl. Und wenn des Abendessens letzter Schluck getan ist, sitzen sie, ihrer Gesundheit froh, auf der Hausterrasse, blicken auf die Landstraße, das Bahngelände und die einschlafenden Häuser und verdröhen. Hinter dem Waldchen aber, zweihundert Schritte hinter dem Hause, wiegt sich der meerhaft breite See in flutendem Silberglanz und seine rote Krone am Welthimmel leuchtet in der nicht endenden Dämmerung bis Mitternacht.

Nachschiff: Heute hat eine Kantonierung eingeseht: bei Speck, Schinken und Wurst. Wolken ziehen am Himmel des Paradieses herauf.

## Weltlage, Friedenshoffnung, Demokratie.

Zu einer wuchtigen Massenkundgebung für den Verständigungsfrieden und die Demokratisierung Deutschlands gestaltete sich die gestrige Volksversammlung im „Sankt-Theater“. Der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und Sekretär der gewerkschaftlichen Internationale, Reichstagsabgeordneter Carl Legien = Berlin sprach über das Thema „Weltlage, Friedenshoffnung und Sozialdemokratie“. Abgesehen von einem sonjuncten Zwischenruf, der anlässlich der Versammlung erfolgen wollte, folgten die Anwesenden, die aus allen Bevölkerungsschichten stammten, mit größter Aufmerksamkeit den Darlegungen des Redners, der zunächst einen kurzen Rückblick auf den Beginn des Krieges warf, der für die Arbeiter aller Länder überragend kam. Durch die Ereignisse des Tages seien die ersten Kriegsvorgänge schon vielen aus dem Gedächtnis entfallen. Die sichere Beantwortung der Frage, wer die wirkliche Verantwortung für die Menschheitskatastrophe trägt, ist noch nicht möglich; sie muß einer späteren Zeit vorbehalten bleiben.

Als am 4. August 1914 die sozialdemokratische Fraktion vor der Frage stand, ob sie die Kriegskredite bewilligen sollte oder nicht, standen wir unter dem Eindruck, daß es sich darum handelte, unser Land vor einem übermächtigen Angriff zu verteidigen. Sie sprach sich deshalb für die Bewilligung der Kredite aus. Durch diese Haltung der Sozialdemokratie wurde die vollständige Einmütigkeit des deutschen Volkes hergestellt und dadurch war es möglich, Deutschland vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Wir haben die Kredite unter der bestimmten Voraussetzung bewilligt, daß der Krieg nur so lange geführt werden dürfe, bis das Ziel der Verteidigung erreicht und die Gegner zum Frieden geneigt wären. Heute will man freilich von gewissen Leuten die feierlichen Versprechungen des Kaisers und der Regierung bei Kriegsausbruch vergessen machen. Besonders wird gegen das verprophete Wahlrecht in Preußen Sturm gefahren. Leider trägt auch einen großen Teil der Schuld an der Nichterfüllung der versprochenen Volksrechte die Uneinigkeit der Arbeiterschaft. Stände sie noch so einzig und geschlossen da wie früher, wären wir schon viel weiter. Dennoch hat die Sozialdemokratie es erreicht, daß Deutschland und Österreich im Dezember 1916 das Friedensangebot machten. Freilich waren diese Bemühungen vergebens. Nichtsdestoweniger hat die sozialdemokratische Partei ihre Friedensbemühungen fortgesetzt. Ich erinnere an Stockholm, auf das große Friedenshoffnungen in der ganzen Welt gesetzt wurden. Leider kam es dort nicht zu eigentlichen Verhandlungen. Diejenigen, auf die es ankam, fehlten auf der Konferenz infolge der Verweigerung der Pässe durch ihre Regierungen. Nicht nur zu der Konferenz in Stockholm wurden die Pässe verweigert, auch zu der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern, die ausschließlich Wirtschaftsfragen und Arbeiterfragen behandelte, wurden von den Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens ihren Gewerkschaftlern die Pässe vorenthalten. Wenn es dann im Osten zu dem unglückseligen Friedensschluß von Brest-Litowsk kam, den wir nicht billigen können, so fällt ein Teil der Schuld auch auf die Bolschewiki, die ohne Frieden den Krieg für beendet erklären wollten. Aber so ging die Sache nicht. Die Bolschewiki hatten sich in theoretische Kalkulationen verannt. Sie hatten sich eingebildet, die Revolution würde nun auch in Deutschland und Österreich ausbrechen, zu welcher falscher Annahme sie mit durch die deutschen Unabhängigen kamen. Allerdings, die Art, wie die Militärdiktatur bei uns herrscht, wie der Belagerungszustand und die Zensur ausgeübt werden, die ungeheure Not und Entbehrung der Kriegszeit könnten wohl als Ursache zu einer Revolution begreiflich erscheinen. Aber die deutsche Arbeiterschaft verliert ihre Befähigung nicht. Die Lebensmittelmangelerscheinungen werden nicht so drückend geworden, wenn die Vorschläge des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Generalkommission der Gewerkschaften vom August 1914 angenommen worden wären. Redner ging dann des näheren auf den Wucher ein.

Niemand hatte 1914 angenommen, daß der Krieg so lange dauern könnte. Sogar der deutsche Generalstab war Ende August 1914 der Ansicht, daß der Krieg in 8 bis 10 Monaten beendet sein würde. Dennoch schlugen die Vertreter der Arbeiter schon damals ein vollständiges Ernährungsprogramm vor. Wie gut es gewesen wäre, unseren Vorschlägen zu folgen, sehen wir heute in voller Deutlichkeit. Nur langsam ging man darauf ein. Erst im April 1915 wurde rationiert. Die Landwirtschaft hat freilich nicht nur passiv, sondern aktiv gegen die Kriegswirtschaft rebelliert. Das beweist der Schleichhandel. Wir sind nicht müde geworden, die Erfassung der Lebensmittel beim Produzenten zu verlangen, im Interesse des Volkes, das schweren Schaden durch die vierjährige Unterernährung nehmen muß.

Nach der Beteiligung Amerikas am Kriege, deren große Bedeutung wir im Gegensatz zu unsern Chauvinisten nicht verkannt haben, sind von der Entente phantastische Friedensbedingungen genannt worden, sodaß garricht daran zu denken ist, daß Deutschland darauf eingehen kann. Verlangt wird auch die Zerstückelung des Militarismus in Deutschland. Die ist aber nicht durch Einwirkungen von außen zu erreichen. Was auf diesem Gebiete zu ändern ist, das sollen die Ententeeregierungen getroffen dem deutschen Volke überlassen. Wir fordern programmatisch Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Unsere Truppen draußen sind nur noch zum kleinsten Teile durch die Schule des Militarismus gegangen und sie leisten Großes in der Verteidigung des Landes. Für das deutsche Volk am gefährlichsten sind die wirtschaftlichen Kriegsziele der Feinde. Die deutsche Regierung hat sich für einen Frieden der Verständigung ausgesprochen. Die Antwort auf die Kapitulation, in der das Einverständnis mit der Mehrheitsentscheidung des Reichstages betont wird, bezeugt das. Dort wird auch das Einverständnis damit erklärt, daß an Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Kraft des Rechts gesetzt werden soll durch internationale Schiedsgerichtsentscheidungen. Freilich die Ulldeutschen, die sogenannte Vaterlandspartei, der „Bund der Kaisertruppen“, der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie lauten Sturm gegen den Verständigungsfrieden und diskreditieren den Friedenswillen und die Ehrlichkeit der deutschen Regierung im Ausland. Sie wollen die Kriegsziele nach der militärischen Lage aufgestellt wissen. Sie treiben damit eine gefährliche Politik. Einmal verhindern sie jede Friedensannäherung, andererseits können sie die Einmütigkeit des Volkes. Gerade in den letzten Tagen sind diese Organisationen wieder auf den Plan getreten. Redner erörtert die Aufgabe des Reichsverbandes

## Der amtliche Kriegsbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 12. August. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Zwischen Meer und Land scheiterten mehrfache Teilnordzüge des Feindes: Nördlich der Bys schlugen wir einen stärkeren englischen Angriff ab.

An der Schlachtfrente führte der Feind am frühen Morgen heftige Angriffe nördlich der Somme und zwischen Somme und Dions. Sie wurden mit im Feuer, teilweise im Gegenstoß abgewiesen. Bei den Kämpfen um Dions rückte der Feind über den Ort hinaus nach Osten vor. Unsere Gegenangriffe warfen ihn bis an den Nord- und Ostabrand des Dorfes wieder zurück. Heftige Teilkämpfe zwischen Dions und der Aube.

Südwestlich von Chaulnes griffen wir den Feind an und nahmen Hallu. Weiderters der Straße Amiens—Roye wieder wir feindliche Angriffe ab. Zwischen Aves und Dife dauerten starke Angriffe des Feindes bis zur Dunkelheit an; sie sind völlig gescheitert. Besonders schwere Verluste erlitt der Feind bei Tilloloy. Durch nahes Heranziehen seiner Artillerie, die den Panzerwagen dicht auf folgten, suchte er hier den Durchbruch zu erzwingen. Infanterie und Artillerie schossen den Feind vor unseren Linien zusammen.

Gestern wurden 17 feindliche Flugzeuge und 1 Zersplitterballone abgeschossen. Lt. Udet erang seinen 49., 50., 51. und 52., Lt. Zehr. v. Nächsthofen seinen 36., Lt. Weltjens seinen 26., 27. und 28. Luftkrieg.

Im Juli wurden an der deutschen Fronten 518 feindliche Flugzeuge (davon 69 durch unsere Fliegerabwehrgeschütze) und 36 Zersplitterballone abgeschossen. Hiervon sind 239 Flugzeuge in unserem Besitz. Der Rest ist jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt. Wir haben im ganzen 129 Flugzeuge und 63 Zersplitterballone verloren.

Der Erste Generalquartiermeister.  
Ludendorff.

und der Kaisertruppen mit kurzer, aber heftiger Kritik. Die Unterschriften dieser Aufrufe sind in der Hauptsache Adlige und Großindustrielle, die befürchten, daß ihre Vorrechte verloren gehen. Die Kaisertruppen erzählen Märchen über die Beitragshöhe der Arbeiterorganisationen, von denen man vielleicht wünschen könnte, daß sie wahr sein möchten. Eine gemeine Niedertrachtigkeit ist es jedoch, zu behaupten, in Amerika gesammelte Millionen wären an die deutsche Sozialdemokratie gegeben, damit diese inneren Parteihader und Zwietracht entlicke. Auch die Unterschriften dieses Aufrufes sind der gleichen Couleur wie die Reichsverbandler. Wir fällt dabei folgender, von abtger Seite geprägter schöner Satz ein: „Wie der Ephen sich um den Stamm der Eiche, so soll sich der Adel um das Königtum ranken.“ Der Ephen ist bekanntlich eine Schmarotzerpflanze. Selbst der gesunde Stamm, um den er sich rankt, verdorrt. Man kann die Nutzenwendung leicht auf die Unterschriften des erwähnten Aufrufes beziehen. Den offensichtlichen Anstich der alldutschen Behauptungen, die Sozialdemokratie verlängere den Krieg, weist Redner mit änderer Kritik zurück. Wir wollen den Verständigungsfrieden, der geschlossen werden soll, ohne Rücksicht auf die militärische Lage. Es ist Wahnsinn, daß Deutschland den Frieden diffundieren kann. Wenn es dem deutschen Volke gelingt, sich seiner Feinde zu erwehren, so hat es eine Tat anzuerkennen, wie noch kein Volk der Welt. Wir müssen mit aller Entschiedenheit gegen die Einverleibung irgendeiner Provinz in das deutsche Gebiet Front machen, auch deshalb, weil darin der Keim für neue Kriege liegen würde und zu ungeheuren Rüstungen treiben würde, unter denen Deutschland zusammenbrechen müßte. Die Schulden des Reiches werden sich noch vermehren, mit oder ohne Sozialdemokratie. Die heutige Schuldenlast von 121 Milliarden erfordert allein jährlich für die Verzinsung 6 Milliarden Mark. Dazu kämen die fürstbaren Rüstungen. Das Dreifache erfordert jetzt die Verzinsung der Kriegsschuld. England ist noch lange nicht niedergeworfen. Auch wenn die Offiziere im Westen anders ausgefallen wäre. Selbst wenn Paris und Calais besetzt worden wären, so würde der Frieden noch lange nicht da sein. England und Amerika haben noch Widerstandskraft genug. Darum hat ein kleiner Kreis den Vorschlag gemacht, eine politische Offenheit zu unternehmen. England hat es verstanden, uns in der ganzen Welt herabzusehen. Sogar die Arbeiter der neutralen Staaten verhalten sich kühl gegen uns. Die englischen Verleumdungen haben gewirkt. Ein Beweis, wie grundtief es von unserer Regierung war, zu Beginn des Krieges die sozialdemokratische Presse Deutschlands vom Ausland fernzuhalten. Vor allem müßte die deutsche Regierung eine offene einwandfreie Erklärung über Belgien abgeben, dann nehmen wir Lord George den Wind aus den Segeln und vernichten ein gegnerisches Kriegsziel, das auch auf die Arbeiter des Auslandes wirkte. Er sei der Meinung, daß die Neigung zum Frieden bei den Arbeitern in den Entente-Staaten größer sei, als man denkt. In Frankreich viellecht mehr als in England. In Frankreich wird jetzt von der Sozialdemokratie mit der Kreditverweigerung gedroht, wenn die Pässe zu einer internationalen Konferenz nicht verabfolgt werden. Die Lansdowne-Briefe zeigen, daß auch in gewissen englischen Kreisen Stimmung für einen Verständigungsfrieden vorhanden ist. Aber wenn wir zu einem dauernden Frieden kommen wollen, so ist auch noch etwas anderes nötig. Innere Reformen, das Wahlrecht für Preußen und die anderen Bundesstaaten. Mit der Regierungsverfugung hat das alte Dreiklassenhaus freilich Schuldlos getrieben. Trotzdem unterliegt es gar keinem Zweifel, daß das gleiche preußische Wahlrecht kommen muß. Auf den politischen Streit vom Januar zurückkommend, kritisiert Redner scharf, daß man meist bei den Uebertretungen Landesverrat annahm und hohe Strafen ausgesprochen habe. Es war das gute Recht der Arbeiter, ihren Unwillen und ihrer Erbitterung Ausdruck zu geben. Mit aller Entschiedenheit weisen wir solche Auslegung als Landesverrat zurück. Die Arbeiterschaft hat nicht die Absicht, die Verteidigung des Landes zu schwächen. Es ist davon überzeugt, daß eine Niederlage Deutschlands eine große Not für unser Volk brächte. Deutschland ist aus einem Menschen exportierenden Lande ein Industrieland geworden. Jetzt brauchen wir unsere Kräfte im eigenen Lande.

Wenn die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz in die Tat umgesetzt würden, müßten die deutschen Arbeiter wieder ihr Brot im Ausland suchen. Sie wären dort die Parasiten. Aber das Deutschland, das wir vor dem Kriege hatten, wollen wir nach dem Kriege nicht wieder haben, wir wollen ein Deutschland der Freiheit und des Menschenrechts. Es soll das Wort gelten: Wo es mir wohl geht, da ist mein Vaterland. Deshalb erziehen wir ein Vaterland, in dem es auch der Arbeiterschaft wohl geht. Deutschland muß ein Land des gleichen Rechtes, ein Land der Freiheit werden. (Lebhafte anhaltender Beifall und Handwehrtzeichen.)

Nachdem der Redner noch einige von einem Versammlungsleiternehmer schriftlich eingereichte Fragen beantwortet hatte, gelangte er zu dem folgenden Beschlusse: Die Versammlung ist sich einig, daß die deutsche Arbeiterschaft mit ihr der überwiegende Teil des übrigen deutschen Volkes nach wie vor einen Frieden der Verständigung, ohne Annexionen und ohne Kriegsentscheidungen will. Nur ein solcher Friede der Verständigung kann ein dauernder sein und den Wirtschaftskrieg verhindern. Jeder Gewaltfrieden dagegen entfällt den Keim neuer Kriege und unübersehbarer Konflikte mit den unterdrückten Völkern. Da aber die Gegner Deutschlands bisher noch nicht bereit sind, einen solchen Frieden zu schließen, muß das deutsche Volk seine Widerstandskraft ungehemmt erhalten. Die neuerdings betriebene Agitation der

sogenannten Vaterlandspartei und des sogenannten „Bundes der Kaisertruppen“ ist geeignet, diese Widerstandskraft zu lähmen und die Eintigkeit des deutschen Volkes zu zerstören. Die Versammlung verurteilt das Vorgehen dieser kleinen aber einflussreichen Gruppe und sieht in ihr eine Gefahr für die baldige Herbeiführung des Friedens, für die Aufrechterhaltung unserer Widerstandskraft und für die Demokratisierung unseres Volkswesens.

Die Versammlung steht auf dem Standpunkte, daß die Gleichberechtigung aller Staatsbürger beiderlei Geschlechts unbedingt durchzuführen werden muß. Nur das allgemeine, gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen kann künftig die Grundlage der deutschen Bundesparlamente bilden.

Die Versammlung fordert außerdem die Erweiterung des Koalitionsrechtes auf die Land- und Staatsarbeiter, sowie die recht baldige Schaffung von Arbeiterkammern und den fortgeschrittenen Ausbau der sozialen Versicherung.

Die Versammlung verlangt, daß die Volksernährung endlich befriedigend geregelt und dem Treiben des Lebensmittelmarchens ein Ende gemacht wird. Das alles kann indes nur erreicht werden durch den politischen Zusammenschluß der Massen in der sozialdemokratischen Partei, die überall und jederzeit ihren Einfluß geltend macht, für die Erweiterung der Volksrechte und den Schutz der arbeitenden und minderbemittelten Bevölkerung.

Nachdem der Vorsitzende, Genosse Löwigt, aufgefordert hatte, im Sinne dieser Resolution zu wirken und der Chauvinistenpresse den Lauspaß zu geben, fand die trefflich verlaufene Versammlung ihr Ende.

## Aus Lübeck und den Hamburggebieten.

Montag, 12. August.

### Das Problem der Güterverteilung.

Die Grundlage aller wirtschaftlichen Tätigkeit ist die Güterbeschaffung. Jeder Mensch, jede Gruppe, jedes Volk hat Bedürfnisse manniglicher Art, die befriedigt werden müssen. Es kommt also in erster Linie darauf an, so viel Gebrauchsgüter herzustellen oder einzuführen, daß der Bedarf in möglichst reichem Maße gedeckt wird. In zweiter Linie handelt es sich darum, die vorhandenen Güter so zu verteilen, daß sie mit geringstem Kostenaufwand in die Hände der Verbraucher gelangen. Um diese beiden Punkte dreht sich unser gesamtes Wirtschaftsleben: die Steigerung der Gütererzeugung und die vernünftige Gestaltung der Güterverteilung sind die beiden Fragen, die uns heute beschäftigen und die uns auch später fortwährend beschäftigen werden. Die Beantwortung dieser Fragen bietet nicht nur technische Schwierigkeiten, sondern es sprechen hierbei auch die privaten Interessen mit, und darum sehen wir, daß um ihre Lösung ein erbitterter Kampf geführt wird, wobei man deutlich beobachten kann, daß das persönliche Interesse ohne Rücksichtnahme auf das Gemeinwohl in den Vordergrund gedrängt wird. Besonders deutlich tritt dies in der Frage, wie die Güterverteilung gehandhabt werden soll,utage.

Das Problem der Güterverteilung macht uns während der überlangen Kriegszeit sehr viel kopfschmerzen. Es scheint tatsächlich unlösbar zu sein, und es gibt wohl keinen Menschen mehr, der die Hoffnung hätte, daß es auch nur in halbwegs befriedigender Weise gelöst werden könnte. Mit diesen Tatsachen müssen wir uns also abfinden. Um so mehr aber richtet sich unter lebhaftem Interesse auf die Gestaltung der Güterverteilung in der Uebergangs- und Friedenszeit. Hier stehen sich zwei Auffassungen scharf und klar unversöhnlich gegenüber: die eine geht davon aus, daß eine Organisation der Güterverteilung unter allen Umständen verlagern müsse, weshalb der freie Handel wieder auf den Thron zu setzen sei, die andere hält nach wie vor daran fest, daß eine Regelung der Güterverteilung der richtige Weg sei, um in normalen Zeiten einen Ausgleich zu schaffen zwischen Bedarf und Bedarfsdeckung.

Die Vertreter der Handelsfreiheit weisen auf die Mängel und Fehler unserer behördlichen Rationierung der Lebensmittel hin, wobei sie natürlich die unendlichen Schwierigkeiten, die die Kriegszeit mit sich bringt, und die inneren Widerstände aller Bevölkerungsklassen gegen diese Rationierung verschweigen, und sie gefallen sich in einer großsprecherischen Ausmalung der Leistungsfähigkeit des privaten Handels. Aus der verärgerten Stimmung der Verbraucher schlagen sie Kapital und mit beneidenswerter Leichtfertigkeit stellen sie einen Wechsel auf die Zukunft aus, den sie niemals einzuführen vermögen.

Die Vertreter einer organisierten Güterverteilung verkennen nichterns Sinnes keineswegs die Hindernisse, die sich der von ihr geplanten Organisation in den Weg stellen, aber sie sind der festen Ueberzeugung, daß sie bei gutem Willen und durch unermüdete Arbeit ihr Ziel erreichen werden. Sie haben aus den Erfahrungen der Kriegszeit und aus denen der Vorkriegszeit die feste Ueberzeugung geschöpft, daß der freie Handel den Interessen der Verbraucher nicht gerecht wird, daß vielmehr nur eine planmäßig geregelte Güterverteilung die Verbraucher mit guten preiswürdigen Waren zu versorgen vermag. Die ungeheure Kräftezersplitterung und Kräftevergeudung, die der private Handel mit sich bringt, verteuert naturgemäß die Waren, und der skandalöse Wettbewerb der Händler untereinander öffnet der Mißwirtschaft auf Kosten der Verbraucher Tür und Tor. Es erscheint völlig ausgeschlossen, daß man jemals wieder die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln der Willkür der Händler überlassen könnte. Die genossenschaftliche Warenbeschaffung und Warenverteilung hat sich bereits vor dem Kriege bei uns in Deutschland eingebürgert, daß sie aus unserem Wirtschaftsleben gar nicht mehr wegzudenken ist. Nach dem Kriege wird sie wiederum die Führung auf wirtschaftlichem Gebiet übernehmen, weil sie eine höhere Wirtschaftsform ist. Die Zukunft wird es lehren, daß das Problem der Güterverteilung nur auf dem Wege der Genossenschaft zu lösen ist. Alle Versuche, dies Gebiet menschlicher Tätigkeit zum Tummelplatz privater Erwerbssüchtiger und rücksichtsloser Selbstsucht zu machen, muß und wird an der Einsicht der Verbraucher scheitern.

### Halbe Maßregeln.

Der Schuhverkauf liegt bis jetzt im argen. Die Gemeindevorstellungen hatten absolut nichts daran zu reden, da die Schuhwaren unter Umgehung der Kommunalverbände von der Reichsstelle für Schuhverfertigung direkt geliefert wurden, eine Kontrolle über die gerechte Verteilung daher den Gemeinden nicht zuzukommen. Die Folge davon war und ist, daß alle die Schuhbedürftigen, die keine „guten Verbindungen“ haben, und nicht mit Geld, Butter und anderen Fertigkeiten „schmierern“ können, trotz ihres Bezugscheines niemals zu einem Paar Schuhen kommen können und der Unwille über das Verhalten der Verkäufer, noch mehr aber über das mancher Verkäuferinnen, die als die „Damen der Situation“ ihre jegige hervorragende Stellung in geradezu niederrichtiger Art auszuken, bei der schubbedürftigen minderbemittelten Bevölkerung auf das höchste gestiegen ist. Dem soll nun in etwa abgeholfen werden, wie folgende durch eine Korrespondenz verbreitete halbamtliche Notiz erkennen läßt:

„Der für den Kauf von Schuhen eingeführte A u s w e i s u n g s m a n g des Käufers hat seinen Zweck nicht erreicht, die Anstellungen vor den Schuhläden haben bisher nicht abgenommen. Die bisher von einigen Gemeinden und von einzelnen Schuhhändlern verhängten Verkaufsregelungen haben sich nicht bewährt. Die Reichsstelle für Schuhverfertigung veröffentlicht nun einen Entwurf für eine gemeinbildliche Regelung, der die Genehmigung der Reichsstelle gefunden hat. Die Regelung beruht auf einer Führung von Kundenlisten, in die die Inhaber von Schuhbedarfsstellen in der Reihenfolge ihrer Anmeldung von den Schuhhändlern ohne Rücksicht auf den Wohlstand des Verbrauchers eingetragen werden. Gleichzeitig ist der Schuhbedarfsstellen an den Schuhhändler unter Angabe der Art und Größe des be-

mühsam Schuhs abzuliefern. Nach Eingang der Ware haben die Händler so viele Besteller zu benachrichtigen, wie aus der Sendung unter Berücksichtigung der verlangten Schuhart und Größe vorausichtlich verfertigt werden können. Um einen Ausgleich für Schuhwerk herbeizuführen, das nicht verkauft werden kann, weil ein Händler nach dieser Größe keine Nachfrage hat, soll eine Ausgleichsstelle eingerichtet werden, die unter Leitung der Gemeindeverwaltung steht. Sie hat die Besteller zu ermitteln, die ihren Bedarf an Schuhwaren in einer bestimmten Größe nicht decken konnten, und sie solchen Schuhwarenhändlern zu überweisen, die Waren in den betreffenden Größen auf Lager haben. Die Gemeindeverwaltung soll beauftragt sein, jederzeit eine Überwachung über die Führung der Kundenlisten, die abgelieferten Schuhbedarfscheine und die Geschäftsbücher des Händlers auszuüben.

Man ist über diese angeordnete Maßregel ganz erstaunt und muß es als ein Wunder betrachten, daß endlich eine solche Regelung des Schuhverkaufs getroffen werden soll, die allerdings von allen Seiten, die nicht am grünen Tische sitzen, sondern im praktischen Leben stehen und die Not des Volkes kennen, schon lange gefordert worden sind. Aber noch ein zweites Wunder ist dabei geschehen: eine zentrale Stelle sieht ein, daß ihre bisherigen Maßnahmen nichts genützt haben. Und das ist kein Wunder, denn das war schon immer so in der Kriegswirtschaft. Aber diese Maßregel kommt, wie immer, zu spät, denn gute und dauerhafte Lederstücke sind wohl kaum noch zu haben. Die Leute, die mit Kiern, Butter, Schinken und gutem Trinkgeld durch die hintere Tür in den Schuhladen kamen, hatten genug Zeit, sich einzudecken. Es wurde immer gehandelt und ein betrübter Luxus in Schuhen getrieben in der Zeit, wo „gewöhnliche“ Leute auf die Hindernisse der Wirtschaft, genannt Sanitäten, gekommen waren. Wie man aufwenden konnte, wie den ehelichen Kaufpreis und gute Schuhe, konnte monatelang ins Schuhgeschäft laufen und nachfragen, es waren immer „keine da“. Es wurde mit den Käufern Komödie gespielt. Außerdem ist diese veraltete Maßregel auch nur eine halbe. Denn wo bleibt die gemeindliche Kontrolle über Lagerbestände und die Wareneingänge bei den einzelnen Geschäften? Ohne eine solche Kontrolle läßt sich aber ein geregelter Verkauf auch trotz Kundenliste nicht regeln, denn ohne Kontrolle bleiben den Schuhschneidern und Schuhgeschäften noch wie vor Tür und Tor geöffnet. Möge die Reichsregierung auch das dritte Wunder vollbringen und einsehen, daß auch diese Maßregel nicht hilft, und ganze Arbeit machen durch Uebergabe der Schuhversorgung an die Gemeinden.

### Zuschläge zur Witwen- und Waisenversorgung.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1918 erhalten die Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterklassen aus dem gegenwärtigen Kriege, die Kriegswitwengeld oder Kriegswaisengeld empfangen, Zuschläge zu diesen Kriegsvorsorgungsgebühren. Voraussetzung ist, daß die Hinterbliebenen Familienunterstützung beziehen oder bezogen haben.

Die Zuschläge betragen ohne Rücksicht auf den Dienstgrad des Verstorbenen monatlich: für die Witwe 8 Mk., für die Halbwaise 3 Mk., für die Vollwaise 1 Mk.; sie sind im voraus zahlbar.

Die Zuschläge zu dem Kriegswitwengeld werden nur bis zum vollendeten 16. Lebensjahre gezahlt.

Die Zahlung erfolgt gegen Vorlage einer Bescheinigung des Gemeindevorstandes u. a. über die gezahlte Familienunterstützung, die bei der Postanstellung verbleibt. Die Bescheinigung ist der Postanstalt, die das Kriegswitwengeld und das Kriegswaisengeld zu zahlen hat, vorzulegen. Diese Postanstalt zahlt die Zuschläge gegen Quittung und Angabe der Stammsachennummer und verabsichtigt auch die Quittungsabgabe. Die erste Quittung wird durch die Postanstalt ausgestellt; die spätere Quittungsabfertigung hat der Empfänger zu besorgen. Die Zuschläge sind erstmalig zugleich bei der Ablieferung der Bescheinigung der Ortsbehörden fällig, später aber zusammen mit den Kriegsvorsorgungsgebühren gegen besondere Quittung abzugeben. Die Bescheinigungen werden von dem Gemeindevorstand kostenlos ausgestellt.

Den Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterklassen aus dem gegenwärtigen Kriege, die Kriegswitwengeld oder Kriegswaisengeld empfangen, die aber keine Familien-

unterstützung bezogen haben, können auf Antrag im Bedarfsfalle Zuschläge zu diesen Kriegsvorsorgungsgebühren bewilligt werden. Das gleiche gilt für die Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterklassen aus früheren Kriegen.

Die Anträge sind an das für den Wohnort der Antragsteller zuständige Versorgungsamt zu richten.

Das Versorgungsamt hat durch Anträge bei dem Gemeindevorstandes u. a. festzustellen, ob ein Bedürfnis zur Gewährung des Zuschlages vorliegt. Von kleinlichen Ermittlungen über die Einkommens- u. a. Verhältnisse seitens der Gemeindevorstände soll hierbei abgesehen werden.

### Ein notwendiges Verbot.

Die Reichsbesoldungsstelle verbietet den gewerblichen Wäschereien die Verwendung von Waschmitteln bestimmter chemischer Zusammensetzung, deren Schädlichkeit als erwiesen angesehen werden kann. Dieses Verbot ist im Interesse der Erhaltung der Wäschebestände notwendig, aber es zeigt sich bei dieser Gelegenheit auch, daß die beste Einsicht nichts hilft, wenn die einschlägige Behörde nicht „zuständig“ ist, denn die Reichsbesoldungsstelle muß in ihrer eigenen Bekanntmachung ihre Ohnmacht eingestehen, indem sie nach der Aufzählung der verbotenen Stoffe verfügt: Ausgenommen von dem Verbot des Absatzes sind solche Waschmittel, deren Aufgabe mit Zustimmung des Ueberwachungsanschlusses der Seifenindustrie erfolgt und solche, deren Vertrieb für Zwecke der Wäschereinigung vom Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette genehmigt ist.

Diese Ausnahme macht den Wert des Verbots ganz illusorisch, denn der Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette läßt eine ganze Reihe von Waschmitteln zu, die vernünftigerweise unter das Verbot fallen müßten. Außerdem wird durch diese neue Verordnung auch nur ein Teil der Wäsche, nämlich die in gewerblichen Wäschereien gewaschene, geschützt. Die Hausfrauen sollen nach wie vor erst durch Schaden klug werden. Kurz, die wohlgemeinte Bestimmung der Reichsbesoldungsstelle sängt am verkehrten Ende an. Sie greift eine Stelle heraus, die am leichtesten gar nicht die schuldige ist, statt beim Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette das Herstellungs- und Vertriebsverbot der schädlichen Waschmittel durchzusetzen, das vom Kriegsausschuß für Konsuminteressen, bis jetzt leider vergeblich, wiederholt beantragt ist. Offenbar spielt beim Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette die Frage der Wäscheversorgung bei der Prüfung der Seifenanträge keine ausschlaggebende Rolle und ebensowenig scheint man viel Rücksicht auf die Reichsbesoldungsstelle zu nehmen. Es ist aber höchste Zeit, daß der Grundlag der Wäscheversorgung als entscheidender auch bei der Zulassung von Waschpulvern anerkannt wird!

Der Höchstpreis für Frischkartoffeln im Kleinhandel beträgt vom 1. August ab 15 Pf. für ein Bündel.

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat Juli beim hiesigen Steueramt ein: Einkommensteuer 92 205,17 Mk., Wertzuwachssteuer 7 713,— Mk., Grundsteuer 192 011,72 Mk., Eisenbahnsteuer 59 128,45 Mk., Erbschaftsteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer 12 102,24 Mk., Veräußerungsabgabe 47 850,07 Mk., Stempelabgabe 9 174,50 Mk., Vermögensteuer 258,81 Mk., zusammen 420 488,96 Mk. gegen 397 882,91 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 22 566,05 Mk. mehr. Vom 1. April bis Ende Juli gingen insgesamt 3 975 577,84 Mk. ein gegen 2 702 067,92 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres; mithin 673 509,42 Mk. mehr.

Der zweite Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1918/19 sind von den Steuerpflichtigen, die im Besitze eines Steuerzettels für die Vorstädte St. Jürgen und St. Gertraud, die eingemeindeten Gebiete und die Landbezirke sind, in der Zeit vom 12. bis 20. August d. J. bei Vermeidung des Zuschlages der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Im Stadthallen-Theater ist nunmehr auch die „Czardasfürstin“ eingekauft, die damit wohl für immer das Stadttheater verlassen hat. Die Kaufsumme war weniger glanzvoll als in der Besatzungszeit; aber die früheren Liebhaber des Publikums, die Damen Bradsky und Erler sowie die Herren Kiehl, Trimborn und Schweisguth, waren auch jetzt wieder in der Hauptrolle tätig, und erzielten den gewohnten stürmischen Beifall. Gestern ging die gestrige Vorstellung nicht ohne kleine

Störungen an. — Am Sonnabend gewant die „Hedermus“ die Aufführung an Interesse durch die Mitwirkung von Frau Winckler-Dosda vom Hamburger Stadttheater, die eine im Spiel und Gesang gleich tüchtige und liebenswürdige Kosakinder war.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Gesundheitsamt im Monat Juli in 191 Fällen gemeldet. Davon betrafen 89 Fälle (2 tödlich verlaufen) Diphtherie, 79 (3 tödlich) Masern, 14 (1 tödlich) Scharlach, 6 (2 tödlich) Typhus, 2 Malaria und 1 (tödlich) Wochenbettfieber.

pb. Die entdeckte Geheimtötung. Um die Fleischrationierung zu umgehen, hatte der Inhaber eines an der Obertrave gelegenen Gasthofes, der sich auch gleichzeitig mit Vieh- und Pferdehandel befaßt, eine Kuh gekauft und ließ diese in der Stallung seiner Gastwirtschaft in Bestock schlachten, wahrscheinlich in der Absicht, das Fleisch im Schleichhandel zu Wucherpreisen zu verkaufen. Von dem Treiben erhielt aber die Polizei Kenntnis. Die nach nicht fertig geschlachtete Kuh konnte beschlagnahmt und dem hiesigen Schlachthofe zugeführt werden. Außer dem Verlust der Kuh dürfte sich der Gastwirt sowie zwei seiner Beisitzer wegen Vergehens gegen die in Betracht kommenden Verordnungen zu verantworten haben.

pb. Fahnenflüchtiger Einbrecher. Ermittelt und festgenommen wurde ein fahnenflüchtiger Kanonier aus Jena, der in der Wohnung eines Barbiers in der Gevekestraße eingebrochen und dort mehrere Sachen gestohlen hatte.

Hamburg. Ein Opfer seines Berufs ist der Arbeiter Gerke geworden. Als G. am Freitag auf dem Bahnhof Hamburg-Süd zwischen den Gleisen Eisenarbeiten ausübte, wurde er von einem rangierenden Wagen erfasst, zu Boden gestoßen und überfahren. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die Leiche kam ins Hafentraktenhaus.

Hamburg. Kindesmord. In das hiesige Gerichtshaus übergeführt wurde die 24jährige Frieda F. aus Störum, die vom Amtsgericht Apenrade wegen Kindesmord in Untersuchungshaft genommen ist.

Ottenhof. Von einem Wespenschwarm wurde hier die junge Frau eines in Frankreich kämpfenden Landwirts überfallen, die bei Gartenarbeiten unwillkürlich mit dem Fuß auf einen Erd-Wespennest zu nahe gekommen war. Die aufgeschreckten Wespen fielen sofort über die Frau her und brachten ihr durch die leichte Sommerkleidung hindurch am ganzen Körper so schwere Stiche bei, daß überall starke Beulen auftraten. Allein aus dem Haar wurden noch nachträglich über 40 Wespen entfernt. Die Verletzungen, die die Bedauernswerte erlitten hat, sind so schwere, daß sie bei unglücklichen Schmerzen nun schon seit zwei Tagen in hohem Fieber dahiederliegt.

Doberan. Aus dem Kriegsschlachtfeld. Weitere Schließungen von Fremdenhäusern der Mecklenburgischen Bäderorte stehen in Aussicht je nach den Ergebnissen der eingeleiteten Untersuchung. Von den Schleichhändlern sind ungeheure Mengen von Lebensmitteln in zum Teil verbotenen Räumen aufgespeichert worden, namentlich sind Geheimtötungen in einem kaum glaublichen Umfang ausgeführt worden. Infolge dessen hat sich für den Rostocker Bezirk die Herabsetzung der wöchentlichen Fleischration für die Person auf 110 Gramm und 125 Gramm notwendig. Die Aufregung und Mißstimmung der Bevölkerung gegen die unfaulbaren Elemente der Fremdenindustrie ist wieder im Wachsen begriffen. Man erwartet, daß die Regierung energisch gegen die Bäderorte und Sommerfrischen einschreiten wird.

Dorum. Vom Blick erschlagen. In Oberhausen ist ein Diensthilfe der Hofbesitzerin Frau Vintig durch einen Blitzschlag getötet worden. Der Junge hatte sich beim Gewitter unter einem Heuhaufen verdrückt und die Heufurke mitgenommen. Letztere hat wohl den Blitzschlag gerade auf diesen Haufen gelenkt.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stehling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Bekanntmachung.

Betrifft: Arbeiter-Wochenkarten.

Für Arbeiter mit einem Jahreseinkommen bis zu Mk. 2500.— gelangen Arbeiter-Wochenkarten auf Grund einer vom Arbeitgeber ausgestellten Arbeitsbescheinigung unter Angabe des Wochenlohnes zur Ausgabe.

Diejenigen Arbeiter, von denen eine solche Bescheinigung vorgelegt wird, erhalten nunmehr einen Berechtigungsschein zum Bezuge einer Arbeiter-Wochenkarte.

Ab 1. September 1918 wird nur unter Vorlegung dieses Berechtigungsscheines eine Arbeiter-Wochenkarte ausgestellt.

Die Arbeiter, welche bis jetzt bereits eine Wochenkarte bezogen, haben ebenfalls eine neue Arbeitsbescheinigung vorzulegen. Die Ausgabe der Berechtigungsscheine erfolgt unentgeltlich nur im Verwaltungsamt, Nechstraße 49a, und zwar vom 15. bis 30. August 1918.

werktätlich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends, sonntäglich von 9 Uhr bis 12 Uhr vormittags.

Formulare für die Arbeitsbescheinigungen sind in der Druckerei von Gebroder Vorwärts, Lübeck, Königstraße 46, zu haben. (3799)

### Lübecker Straßenbahn.

Georg Stein  
Erna Stein geb. Blöb  
Kriegsgerat. (3802)  
Bad Schwarzenau, d. 3. Aug. 1918.  
Für die vielen Aufmerksamkeit  
u. Geschenke danken herzlich D. O.

Sozialdemokrat. Verein  
f. Stockelsdorf u. Umg.

Nachruf.  
Am 4. August 1918 fiel  
unser Genosse

H. Muuß  
dem kühnen Kämpfer  
im Westen zum Osten.  
Wir werden denselben  
ein ehrendes Andenken be-  
wahren.  
3805 Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Verein  
Lübeck.

Als weiteres Opfer des  
unseligen Krieges fiel  
unser Genosse

August Mahnke.  
Ehre seinem Andenken!

Reiner verlor durch Un-  
glücksfall beim Baden unsere  
Genossin

Clara Zimmermann.  
Nach ihr Andenken werden  
wir in Ehren halten.  
Ihre Beerdigung erfolgt  
am Donnerstag, nachmittags  
2 1/2 Uhr auf dem Borsdorfer  
Friedhofe. Die Mitglieder  
sammeln sich 1/2 2 1/2 an  
der Friedhofseinfahrt.  
Um zahlreiche Beteiligung  
erzucht  
3800 Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Verein  
Lübeck.

Als weiteres Opfer des  
unseligen Krieges fiel  
unser Genosse

August Mahnke.  
Ehre seinem Andenken!

Reiner verlor durch Un-  
glücksfall beim Baden unsere  
Genossin

Clara Zimmermann.  
Nach ihr Andenken werden  
wir in Ehren halten.  
Ihre Beerdigung erfolgt  
am Donnerstag, nachmittags  
2 1/2 Uhr auf dem Borsdorfer  
Friedhofe. Die Mitglieder  
sammeln sich 1/2 2 1/2 an  
der Friedhofseinfahrt.  
Um zahlreiche Beteiligung  
erzucht  
3800 Der Vorstand.

## Gutes wohlschmeckendes Mittagessen ohne Fett, ohne Fleisch, aber mit kräftigem Fleischgeschmack und für wenig Geld

erhält man durch Verwendung von Fleischkraft-Erfah „Ohfena“  
„Ohfena“ ist von der Fleischmittelfabrik Schleswig-Holstein unt. Nr. 61  
am 22. Juni 1918 zum Handel im ganzen deutschen Reich genehmigt.  
Man nehme alle Sorten Suppenräucher, grüner Gemüse und grüner  
Gartengewächse (je nachdem, wie die Jahreszeit es bietet), namentlich  
Salat, Kohlrabi, rote und gelbe Wurzeln, alle Sorten grüner  
Erbsen (mit Schale), Bohnen, alle Sorten Kohl, Rüben und Rüben-  
blätter, besonders Cichorien- und Zuckerrübenblätter, sowie alle er-  
blichen Wildgewächse. Dieselben werden mit einer Hackmaschine oder  
mit dem Hackmesser so fein wie möglich zerhackt und dann eine  
große, sauber gewaschene, ungehackte, rohe Kartoffel à Person,  
ebenfalls fein gerieben, zugefügt und alsdann mit Salz und Wasser  
zu Feuer gebracht in einem zugedeckten Gefäß. Wenn die Suppe  
gar und feurig ist, wird à Person ca. 20—25 Gramm „Ohfena“ zu-  
gegeben und hat die Suppe dann einen kräftigen Fleischgeschmack. Soll  
sie nicht als Vorspeise, sondern als Mittagessen dienen, wird die  
Suppe etwas dicker eingedickt durch mehr Zusatz von Kartoffeln,  
sein gehacktem grünem Gemüse und mehr „Ohfena-Erfah“ und  
mehr Salz nach Geschmack. Auf diese Weise empfindet man beim  
Mittagessen in den fleischlosen Wochen nicht das Fehlen von Fleisch,  
sondern alle Suppen erhalten durch „Ohfena“ einen kräftigen  
Fleischgeschmack. — „Ohfena“ ist in den meisten Geschäften der  
Lebensmittelbranche käuflich zu folgenden Preisen:  
1/2 Bfd. netto Mk. 5.25 1/2 Bfd. netto Mk. 2.90  
1/4 Bfd. netto Mk. 1.60. (3798)

Mohr & Co., G. m. b. H., Altona-Elbe.

Zeitschriften aller Art.  
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

Ausgekämmtes Frauenhaar  
kauft zu höchsten Preisen.  
Aber Schütt, Lübeck,  
3808 Königsstr. 62, part.

Stadthallen-Theater.  
Direktion: Stanislaus Fuchs.  
(3806)  
Dienstag, den 13. August 1918

Familie Schimek  
Schwank von Kadelburg.  
Mittwoch, den 14. August 1918:  
Abschieds-Vorstellung für  
Herrn Edward Nickel.

Die Czardasfürstin.  
Operette von Kálmán.  
Anfang der Vorstellungen  
8 Uhr.

## Deutscher Metallarbeiterverband. Verwaltungsstelle Lübeck.

### Mitglieder-Versammlung am Dienstag, dem 13. August 1918 abends 8 1/4 Uhr

Im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1918.
2. Die „hohen“ Verdienste der Rüstungsarbeiter und die bürgerliche Presse.
3. Kartellbericht.
4. Sonstige Verbandsangelegenheiten.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich in der Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Zu kaufen gesucht (3796)  
Hauswandstumpen, Knochen,  
Eisen, Papier, Zeitungen,  
zu höchstem Tagespreis.  
Karl Kleinfeld, Walfenhoffstr. 25.  
Telephon 2430.

Uhren-Reparaturen.  
Billige Preise. (3797)  
Gr. Auswahl in Wand-,  
Tisch-, Weck- und  
Taschenuhren.  
Hermann Voß,  
Chrmacher,  
Breite Strasse 54 und Hüxstr. 71.

## Klar zum Gefecht!

Ein Marinespiel vom Verfasser des „Hias“.  
Zugunsten der Marine-Kriegs-Fürsorge.  
Täglich 8 Uhr abends.  
Nur noch 4 Tage!

## Hansa-Theater.

Vorverkauf: Holstenhaus, Holstenstraße, Zigarrenhandlung Röhrig, Schüsselbuden, Musikhaus Odeon, sowie Theaterkasse von 11—1 vormittags und von 6 Uhr ab. (3795)

Der Aufruf der russischen Regierung  
an die Arbeitermassen Frankreichs, Englands,  
Amerikas, Italiens und Japans.

Die „Sowjetiza“ vom 1. August, das offizielle Organ des  
Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees der Räteregierung, ver-  
öffentlicht den folgenden Aufruf an die Arbeiter Frankreichs,  
Englands, Amerikas, Italiens und Japans.

Wie ein wütender Hund, der sich von der Kette losgerissen  
hat, heult die gesamte kapitalistische Presse Eurer Länder von  
einer „Einnischung“ Eurer Regierungen in russische Angelegen-  
heiten, schreit mit heiserer Stimme: „Jetzt oder nie!“ Aber selbst  
in diesem Augenblicke, wo diese gebundenen Kreaturen Eurer  
Ausbeuter alle Masken abgenommen haben und offen nach einem  
Zeldzug gegen die Bauern und Arbeiter Russlands rufen — selbst  
in einem solchen Augenblicke liegen sie gewisslos und betrügn  
Euch schamlos. Denn in dem Moment, wo sie mit der Einnischung  
in russische Angelegenheiten drohen, vollziehen sie bereits kriegeri-  
sche Operationen gegen das Rußland der Arbeiter und Bauern.

Englisch-französische Banditen erschließen bereits Räteregie-  
ter auf der von ihnen besetzten Murmanbahn. Am Ural ver-  
richten sie die Arbeiterräte, lassen deren Vertreter durch tschecho-  
slowakische Truppen, die mit französischem Gelde unterhalten  
und von französischen Offizieren geleitet werden, erschließen. Auf  
Befehl Eurer Regierungen schneiden sie dem Volk die Brotzufuhr  
ab, um die Arbeiter und Bauern zu zwingen, sich erneut die  
Schlinge der Pariser und Londoner Börse um den Hals zu legen.  
Der jegige offene Überfall des französisch-englischen Kapitals auf  
die Arbeiter Russlands vollendet nur den seit acht Monaten ge-  
führten unterirdischen Kampf gegen das Rußland der Räteregie-  
rung. Vom ersten Tage der Oktoberrevolution, von dem Augen-  
blicke an, wo die Arbeiter und Bauern Russlands erklärten, daß  
sie nicht mehr willens sind, eigenes und fremdes Blut für die In-  
teressen des eigenen und des fremden Kapitals zu verkaufen, von  
dem ersten Tage an, wo sie ihre Ausbeuter zu Boden warfen und  
Euch aufforderten, das gleiche zu tun, der Völkerschlagerei und  
der Ausbeutung ein Ende zu machen — von dem Augenblicke an  
schwarzen Eure Ausbeuter, daß sie dieses Land, dessen Arbeiter-  
klasse zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit versucht  
hatte, das Joch des Kapitalismus abzuschneiden und sich aus der  
Schlinge des Krieges zu befreien, vernichten würden. Eure Re-  
gierungen unterstützen gegen das Rußland der Arbeiter und  
Bauern dieselbe ukrainische Mada, die sich dem deutschen Imperia-  
lismus verkauft hat und die deutsche Bajonette gegen ukrainische  
Bauern und Arbeiter zu Hilfe rief. Sie unterstützen die rumäni-  
sche Oligarchie, dieselbe Oligarchie, die durch Angriffe gegen un-  
sere Südwestfront die Verteidigungsfähigkeit Russlands zu ver-  
nichten halfen. Ihre Agenten kauften gegen bar denselben Ge-  
neral Kraşnow, der gegenwärtig Hand in Hand mit dem deut-  
schen Militär versucht, Rußland von der Donez Kohle und vom  
Kubanischen Brot abzuschneiden, um Rußland zu einem wehr-  
losen Opfer des deutschen und russischen Kapitals zu machen. Sie  
haben materiell und moralisch die Partei der rechten Sozialisten-  
Revolutionäre unterstützt, diese Partei von Herräben an der Re-  
volution, die mit Waffen in den Händen sich gegen die Arbeiter-  
und Bauernregierung erheben.

Als jedoch alle ihre Anstrengungen zu nichts führten, als  
offenbar wurde, daß gebundene Banditen eine ungenügende Kraft  
darstellen, beschloßen sie, auch Euer Blut zu opfern. Sie gehen  
offen gegen Rußland vor und führen die Kräfte der Arbeiter und  
Bauern Frankreichs und Englands ins Treffen.  
Ihr, die Ihr für die Interessen des Kapitals an der Marne  
und Wisne, auf dem Balkan, in Syrien und Mesopotamien Euer  
Blut vergießt, müßt auch noch in den Schneefeldern von Nord-  
sinnland und in den Bergen des Ural sterben.

Im Interesse des Kapitals soll Ihr zu Helfern der russischen  
Arbeiterrevolution werden.

Um diesen Kreuzzug gegen die russische Arbeiterrevolution zu  
verdecken, erklären Euch Eure Kapitalisten, daß dieser Feldzug  
nicht gegen die russische Revolution unternommen werde, daß dies  
ein Kampf gegen den deutschen Imperialismus sei, dem wir uns  
angeblich verkauft hätten. Die Verlogenheit und Heuchelei, die in  
dieser Behauptung liegt, wird jedem von Euch klar, wenn Ihr die  
folgenden Tatsachen gegenüberstellt: 1. Wir waren gezwungen,  
den Brester Frieden, der Rußland in Stücke reißt, nur deshalb zu  
unterzeichnen, weil Eure Regierungen, die genau wußten, daß  
Rußland weiterzukämpfen nicht imstande war, internationale  
Friedensverhandlungen abzulehnen, bei denen die Macht Eurer

Regierungen Rußland gerettet und Euch einen annehmbareren Frie-  
den beschert hätte. Nicht Rußland, das seit dreiundneinhalb Jah-  
ren verblutete, hat Eure Sache verraten, wohl aber haben Eure  
Regierungen Rußland dem deutschen Imperialismus ausgeliefert.  
2. Als wir genötigt waren, den Brester Frieden zu schließen, weil  
unsere Volksmassen nicht imstande waren weiterzukämpfen, und  
als die Agenten Eurer Regierungen sich ständig bemühten, uns er-  
neut in den Krieg hineinzuzerren, und uns zu überzeugen such-  
ten, daß Deutschland uns nicht gestatten würde, in Frieden mit  
ihm zu leben, da entgegnete ihnen unsere Presse: Wenn Deutsch-  
land den Frieden, den wir mit so großen Opfern erkauft haben,  
verleihen und die Hand gegen die russische Revolution erheben  
sollte, werden wir uns zur Wehre setzen. Wenn die Verbündeten  
uns in unserem heiligen Werk der Verteidigung unterliegen wol-  
len, so mögen sie uns helfen, unsere Bahnen in Stand zu setzen,  
unser Wirtschaftsleben zu ordnen, denn ein wirtschaftlich schwaches  
Rußland ist nicht imstande, sich ernstlich zu verteidigen. Die Ver-  
bündeten ließen diese unsere Bitten jedoch unbeantwortet. Sie  
dachten nur daran, wie sie aus uns die Zinsen für die alten An-  
leihen herauspressen könnten, die das französische Kapital dem  
Zarismus gewährt hatte, um ihn in den Krieg hineinzuziehen,  
Zinsen, die das russische Volk schon längst durch ein Meer von  
Blut und durch Berge von Leichen abgetragen hat. 3. Die Ver-  
bündeten haben uns nicht nur in keiner Weise bei der Neuorga-  
nisation unserer Wehrkraft unterstützt, sie waren, wie wir oben ge-  
sagt haben, mit allen Kräften bemüht, unsere Wehrhaftigkeit zu  
untergraben durch Förderung des inneren Zerfalls und durch Ab-  
schneidung der letzten Getreidevorräte. 4. Die Verbündeten haben  
uns vor der Einnahme der sibirischen und der Murmanbahn durch  
die Deutschen gewarnt. Diese beiden letzten Eisenbahnstrecken, die  
uns unmittelbar mit der Außenwelt verbinden, liegen nicht im  
Bereich der deutschen Kontrolle. Im Resultat haben diese Bah-  
nen jedoch nicht die Deutschen besetzt, die dies wegen der großen  
Entfernung nicht haben tun können, sondern die tapferen Ver-  
bündeten. Im Murmangebiet und in Sibirien kämpfen sie gegen  
die Deutschen, die es dort nicht gibt, sondern gegen die russischen  
Arbeiter, wobei sie die Arbeiterräte überall vernichten.

Alles, was die Presse Eurer Kapitalisten und deren Agen-  
ten Euch vorzählen zur Rechtfertigung des barbarischen Über-  
falls auf Rußland, ist eine einzige große Heuchelei, die dazu die-  
nen soll, den Kern der Frage zu verunkeln. Andere Zwecke ver-  
folgen sie bei ihrem Feldzuge gegen Rußland. Drei Ziele haben  
sie sich gesetzt. Ihr erstes Ziel ist, möglichst große Gebiete Ruß-  
lands an sich zu reißen, um durch die dort befindlichen Reichtümer  
und Eisenbahnen die Zinsen für die Anleihen des französischen  
und englischen Kapitals sicherzustellen. Ihr zweites Ziel ist, die  
Arbeiterrevolution zu zerkleinern, damit Ihr Euch nicht an ihr be-  
geißelt, damit Ihr aus der Revolution nicht lernt, wie man sich  
vom Joch des Kapitalismus befreien kann. Ihr drittes Ziel ist  
die Schaffung einer neuen Ostfront, um die Deutschen von der  
Westfront auf russisches Gebiet hinüberzuziehen.

Die Agenten Eurer Kapitalisten erzählen Euch, daß hierdurch  
der auf Euch lastende Druck der deutschen Truppen vermindert  
werde und der Sieg über den deutschen Imperialismus beschleunigt  
werden würde. Sie lügen: Sie konnten Deutschland nicht  
besiegen, als die große russische Armee fast, die den Verbündeten  
die numerische Überlegenheit sicherte. Um so weniger werden sie  
jetzt auf dem Schlachtfelde zu siegen imstande sein, wo das russi-  
sche Heer erst im Entstehen begriffen ist. Der deutsche Imperialis-  
mus kann nur besiegt werden, wenn der Imperialismus aller  
Staaten durch gemeinsames Vorgehen des Proletariats der gan-  
zen Welt besiegt werden wird. Der Weg, der dahin führt, ist nicht  
die Fortsetzung, sondern die Beendigung des Krieges. Erst dann  
werdet Ihr und die deutschen Arbeiter die Furcht vor der frem-  
den Bourgeoisie und ihren Amerizungsgelüchten verlieren. Be-  
endigung des Krieges unter den Völkern, damit durch den interna-  
tionalen Bürgerkrieg, den Krieg der Ausgebeuteten gegen die  
Ausbeuter, der großen sozialen und nationalen Ungerechtigkeiten  
ein Ende bereitet werden kann. Die Bemühungen, Rußland in  
den Krieg zu verwickeln, werden Euch nicht vor Blutvergießen  
schützen. Sie können nur bewirken, daß die russischen Arbeiter,  
die russische Arbeiter- und Bauernrevolution vom Schwerte ge-  
troffen werden, was niemand sehnlicher herbeiwünscht, als die  
Führer der deutschen Militärpartei, die als nahe Nachbarn der  
russischen Revolution deren zündende Funken fürchten. Indem  
Ihr bei der verbrecherischen Verschwörung gegen Rußland das  
willige Werkzeug Eurer Regierungen bildet, werdet Ihr, Arbeiter  
Frankreichs, Englands, Amerikas und Italiens, zu Helfern der  
russischen Revolution.

Die Nachkommen der Communards als Helfershelfer eines  
Gallies — das ist die Rolle, die Euch, Arbeitern Frankreichs,  
Eure Herren zugeadht haben.

Die Söhne der englischen Arbeiter, die sich einmütig erhoben  
haben, als die englischen Textilbarone den amerikanischen Sla-  
venhaltern zu Hilfe eilen wollten, sollen Helfer der russischen Re-  
volution werden! Diese Schmach wollen Euch Eure regierenden  
Männer bereiten.

Ihr, die Ihr stets den Devoismus des Zarisismus geübt  
habt, Ihr sollt auf Befehl der Truismagnaten helfen, in Rußland  
einen neuen Zarisismus zu schaffen — das ist, warum es sich han-  
delt, Arbeiter Amerikas!

Euch, die Ihr mit Enthusiasmus jede Aeußerung des prole-  
tariischen Befreiungskrieges verfolgt habt, Euch, Arbeiter Ita-  
liens, will man zu Teilnehmern an dem gegenrevolutionären  
Zeldzug gegen das Rußland der Arbeiter machen!

Das arbeitende Rußland streckt Euch, Profetarien der verbün-  
deten Länder, die Hand entgegen!

Diese Leute, deren Hände von dem Blute der Arbeiter in  
Kam, Siamara, Tonk beudelt sind, dem Blute jener Arbeiter,  
die auf Befehl der Leiter der an der Murmanküste gelandeten  
Truppen, der Leiter des tschecho-slowakischen Aufstandes erschol-  
len worden sind — diese selben Leute schreiben, wir hätten auf  
Befehl Deutschlands das Land, das uns mit den Völkern Frank-  
reichs, Englands, Italiens, Amerikas und Belgiens verbindet,  
geköst.

Wir haben allzulange in Ruhe die Verhöhnung des Ruß-  
lands der Räteregierung durch die Vertreter des verbündeten  
Imperialismus ertragen. Wir gestatteten jenen, die einst die  
Stiefel des Zarisismus geleckt haben, in Rußland zu bleiben, ob-  
gleich sie die Arbeiterregierung nicht anerkannten. Wir ergreifen  
keine Repressionsmaßregeln gegen sie, obgleich bei jeder gegen uns  
gerichteten revolutionären Verschwörung die Hand ihrer Miliz-  
kommissionen zu merken war. Und auch jetzt noch, wo französische  
Offiziere sich an der Spitze der tschecho-slowakischen entpuppten, wo  
der Unjug im Murmangebiet begann, auch jetzt noch haben wir  
nicht mit einem Worte gegen die Unwesenheit Eurer Diplomaten  
auf dem Territorium des von ihnen nicht anerkannten Rußlands  
der Räteregierung protestiert. Wir forderten nur ihre Uebersee-  
lung von Wolodba nach Moskau, um sie gegen Anschläge von  
Leuten zu schützen, die durch ihre verbrecherischen Machenschaften  
auf das äußerste erregt sind. Wir taten dies alles nur, um ihnen  
nicht die Möglichkeit zu geben, Euch zu erzählen, daß wir mit  
Euch brechen. Auch jetzt nach der Abreise der Befandten der Ver-  
bündeten wird den feindlich bei uns lebenden Bürgern Eurer  
Länder, die die Gesetze der Arbeiter- und Bauernrepublik befol-  
gen, kein Haar gekrümmt werden. Wir sind überzeugt, daß wenn  
wir jeden Schlag seitens der „verbündeten“ Eroberer mit zmet  
Schlägen beantworten würden. Ihr hierin nicht nur eine Hand-  
lung gerechtfertigter Zurückhaltung, sondern auch eine Verteidigung  
Eurer eigenen Interessen erblicken würdet, denn die Ret-  
tung der russischen Revolution liegt im gemeinsamen Interesse  
der Proletarier aller Länder. Wir sind überzeugt, daß jede Maß-  
nahme gegen solche, die auf russischem Boden Pläne gegen die  
russische Revolution schmieden, von Euch mit der größten Sym-  
pathie begrüßt würde, denn dies: Anschläge sind ebenso gegen Euch  
wie gegen uns gerichtet. Gezwungen gegen das verbündete Ka-  
pital zu kämpfen, daß neben den Ketten des deutschen Imperia-  
lismus uns noch neue Ketten auferlegen will, appellieren wir  
an Euch:

Es lebe die Solidarität der Arbeiter aller Länder!  
Es lebe die Solidarität des französischen, englischen, ameri-  
kanischen und italienischen Proletariats mit dem russischen!  
Nieder mit den Räubern des internationalen Imperialismus!  
Es lebe die internationale Revolution! Es lebe der Völkern-  
friede!

Im Namen des Rates der Volkskommissare:  
Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare:  
gez.: W. Ustakow (Lening).  
Der Volkskommissare für äußere Angelegenheiten:  
gez.: G. Tschicherin.  
Der Volkskommissar für das Kriegswesen:  
gez.: L. Trotski.

Politische Rundschau.  
Deutschland.

Reformen im Reichspostdienst.

Staatssekretär Rüdlin hat einen Sachverständigen-Ausschuß  
zur Prüfung der Personalfragen eingesetzt, der sich mit den Per-  
sonal- und Dienstverhältnissen der mittelsten und unteren Beamten  
der Reichspost- und Telegraphenverwaltung zu befassen hat. Dem

Am Abgrund.

Kriminalroman von Natalie S. Lincoln.

9. Fortsetzung.  
„Ich habe Befehl, Sie beide in Harpers Fährte zurückzuhalten,  
bitte, folgen Sie mir,“ und hiermit wandte er sich, um den  
Wagen zu verlassen.  
„Auf weissen Befehl und warum?“ fragte Goddard jetzt hitzig  
und trat schützend vor die beiden erschrockenen Damen.  
„Sind Sie Herr Major Goddard?“  
„Der bin ich.“  
„General Stevenson ist von Washington telegraphisch an-  
gewiesen worden, diese Damen bei ihrer Ankunft festzuhalten —  
mehr weiß ich nicht, Herr Major,“ versetzte der junge Mann  
höflich.  
„Und wie lange wird das dauern,“ fragte jetzt Nellie, die sich  
langsam von ihrer Ueberraschung erhob.  
„Bis weitere Befehle eintreffen, gnädiges Fräulein.“  
„Nun, ich habe nicht die leiseste Absicht, hier zu bleiben,“ ver-  
kündigte Tante Metoaca mit wachsender Entrüstung; „wir haben  
Pässe vom Präsidenten bis Winchester.“ Sie legte sich bequemer  
zurecht. „Nun, junger Mann, Sie werden mich schon heraus-  
tragen müssen, denn ich gedente sitzen zu bleiben, bis ich meinen  
Bestimmungsort erreicht habe.“  
Doch der Leutnant zeigte sich der Sachlage gewachsen. „Vor-  
wärts, Schaffner,“ befahl er, „sorgen Sie dafür, daß dieser Wagen  
auf ein Nebengleis geschoben und abgehängt wird. Führen Sie  
die übrigen Reisenden in den nächsten Wagen.“  
„Bitte, warten Sie noch,“ sagte jetzt das junge Mädchen, „ich  
glaube bestimmt, daß sich alles aufklären wird, darum laß uns  
ruhig mit diesem Herrn gehen, liebe Tante, und dieses Ungemach  
mit Würde tragen.“  
Doch Tante Metoaca wollte lange nichts davon hören; erst  
als Nellie ihr leise etwas ins Ohr flüßerte, heilte sich das Gesicht  
der alten Dame auf, und sie erklärte dem ersten Offizier ganz  
freundlich ihre Bereitwilligkeit, mitzugehen. Sie verließen den  
Zug, und dieser domierte mit Geläch aus dem Bahnhof; hierauf  
führte der Leutnant die beiden Damen, gefolgt von Goddard und  
von Soldaten umgeben, nach dem Wartezimmer. Es wurde ihnen  
nun bedeutet, daß sie bis zur Ankunft eines Offiziers, den man  
mit einem Extrazuge aus Washington erwartete, hier unter Be-  
wahrung zu bleiben hätten, um alsdann verhört zu werden.  
„Wissen Sie den Namen dieses Offiziers?“ fragte Goddard.  
„Es ist Herr Hauptmann Lloyd von der Geheimen Staats-  
polizei.“  
Goddard wollte sich den Damen anschließen, wurde aber von  
dem Leutnant daran verhindert. „Bitte, kommen Sie mit mir,

Herr Major, ich habe Befehl, keinerlei Verkehr zwischen Ihnen  
zu gestatten.“  
Goddard stand wie angewurzelt und starrte den sichlich ver-  
legenen jungen Mann an. Der stille Reisende, der sich bis dahin  
jorgfältig im Hintergrunde gehalten hatte, war den beiden Män-  
nern gefolgt, begierig, etwas von ihrer Unterredung zu hören,  
und stieß jetzt heftig mit Goddard zusammen. Dieser packte ihn  
beim Kragen. „Zum Kukuk!“ rief er aus, seiner Rut freien Lauf  
lassend, „Sie — Symonds?“ — er gab den Mann frei, als er ihn  
erkannte. — „was führt Sie denn hierher?“  
„Befehl von Herrn Hauptmann Lloyd, Herr Major,“ antwor-  
tete Symonds mit respektvollem Gruße.  
9. Kapitel.  
Es war kein angenehmer Aufenthalt in dem dumpfen Warte-  
zimmer; Tante Metoaca hatte sich aber in das Unvermeidliche  
gestürzt und war eifrig mit einer Säckerei beschäftigt, die sie  
immer bei sich trug, während Nellie in Gedanken verfunken da-  
schied. Endlich unterbrach der schrille Pfiff einer Lokomotive die Stille,  
und der Extrazug sauste in die Halle. Lloyd sprang heraus, von  
Symonds und dem Leutnant empfangen; lehterer erlittete ihm  
Beicht und der Detektive nicht befriedigt. Goddard, dessen  
Blut kochte, überfah seine ausgestreckte Hand und fragte in bitter-  
tem Tone:  
„Was soll diese willkürliche Beschimpfung bedeuten, Herr  
Hauptmann Lloyd?“  
Lloyds Augen flammten auf. „Ich bitte Dich, Bob, unsere  
Freundschaft auf keine zu harte Probe zu stellen; Dein Urteil wird  
durch Deine augenblickliche Verblendung getrübt, und ich mache  
Dich hiermit darauf aufmerksam, daß Du bei der geringsten Ein-  
mischung Deinerseits in diese Angelegenheit verhaftet werden  
wirst.“  
Ohne ein weiteres Wort verließ ihn Goddard, und Lloyd  
wandte sich zu den zwei Frauen, die geduldig wartend abseits  
standen. „Bitte, Fräulein Watt, folgen Sie mir.“ Zusammen  
gingen sie nach dem Wartezimmer, dessen Tür von dem Leutnant  
geöffnet wurde, indem er meldete: „Herr Hauptmann Lloyd.“  
„Was wünschen Sie?“ fragte Tante Metoaca und maß ihn  
von Kopf zu Fuß, während Nellie ihm keinerlei Beachtung  
schenkte.  
„Den Bericht, den Herr Oberst Mitchell gestern abend ver-  
loren hat.“  
Lloyd wandte sich jetzt an die schweigende Nellie. „Ich glaube,  
Fräulein Newton, wir haben uns schon getroffen.“  
Sie streifte ihn kurz mit den Blicken. „O ja, ich glaube, Sie  
ein- oder zweimal gesehen zu haben.“

Lloyd brach in ein kurzes Lachen aus. „Zweimal? Da habe  
ich ein besseres Gedächtnis als Sie, mein Fräulein; was meinet  
Sie zu dem 27. Dezember?“  
„Sie sprechen in Rätseln, mein Herr.“  
„Vielleicht können Sie dieses hier lösen,“ und er zeigte auf  
eine Karte an seiner Schürze, „der Schlag von Ihrem Revolver  
brachte mich für längere Zeit ins Krankenhaus.“  
„Ich glaube, mein Herr, Sie sind wahnsinnig!“ rief jetzt Tante  
Metoaca entrüstet aus.  
„Gehören Sie, Fräulein Newton, Leugnen wird Ihnen nichts  
helfen,“ bemerkte Lloyd jetzt ungeduldig. „Ich weiß, daß Sie  
eine Spionin der Rebellen sind.“  
„Kennen Sie die Bedeutung dieses Wortes?“ fragte Nellie  
hitzig.  
„Gewiß, und ich frage zum letzten Male, ob Sie mir den Be-  
richt geben wollen?“  
Nellie zuckte die Achseln. „Es ist unmöglich, etwas zu geben,  
was man nicht hat.“  
Jetzt ging Lloyd kurz entschlossen auf die Tür zu, ließ die bei-  
den Frauen, die in der Halle standen, eintreten und gab ihnen  
den Befehl, die Damen gründlich zu durchsuchen; die Tür dröh-  
nend hinter sich zuwerfend, entfernte er sich.  
Nach anfänglichem großen Widersetzen gab Tante Metoaca,  
die eine sehr kriegerische Miene aufsetzte, schließlich dem Zureden  
Nellies und der beiden weiblichen Detektive nach und ließ die  
Durchsuchung über sich ergehen. Nichts entging der Aufmerksamkeit  
der Beamtinnen; die Kleider wurden gegen das Licht ge-  
halten, um zu sehen, ob zwischen dem Futter etwas versteckt wäre.  
Nette wurden aufgereimt, die Schuße untersucht — es fand sich  
nichts.  
„Bitte, lösen Sie Ihr Haar!“ ersuchte sie jetzt Fräulein Watt,  
und ohne auf die erneuten Klagen der alten Dame zu achten,  
führte sie mit geschickten Händen durch Nellies reiche Haarmellen  
und Tante Metoacas spärliche graue Locken.  
„Sie können Ihre Kleider wieder anlegen,“ bemerkte sie dann  
freundlicher und half Tante Metoaca bei ihrer Toilette sowie bei  
ihrer Friitur.  
„So,“ sagte diese darauf mit einem tiefen Atemzuge, „Nellie,  
ich: ich nicht aus wie eine Vogelscheuche? Dies ist das schlimmste,  
was ich seit langem erlebt habe. Bitte, Fräulein Watt, melden  
Sie dem Hauptmann, daß ich ihn sprechen möchte.“  
Lloyd eilte herbei und war sehr erstaunt, als er erfuhr, daß  
sich keine Spur des Gesuchten gefunden hätte; auch die grüni-  
sche Durchsicht des Gepäcks der beiden Damen hatte nichts Be-  
deutsames zutage gefördert, und so blieb ihm nichts übrig, als sie  
freizulassen.  
Fortsetzung folgt.

Ausgaben gehören acht höhere, vier mittlere und zwei untere Beamtene an. Die Organisationen der Beamten sind zur Mitarbeit nicht herangezogen worden, wodurch der Wert der Arbeiten des Ausschusses wesentlich beeinträchtigt wird.

### Chauvinistische Lobjucht.

Ein politisch bedeutungsvoller Verteidigungsprozess spielt sich gegenwärtig vor dem Frankfurter Amtsgericht ab. Kläger sind die Redakteure und Aufsichtsratsmitglieder der „Frankfurter Zeitung“, Beklagter der gebürtige Engländer und gegenwärtige Engländerischer und alldeutscher Propagandist Jonathan Stewart Chamberlain aus dem Wahngried-Kreis der Familie Richard Wagner in Bayreuth. Der Engländer Chamberlain hatte der „Frankfurter Zeitung“ in dürren Worten nachgelagt, sie treibe Landesverrat; ausländische Geldinteressen bestimmten sie dazu, regelmäßig den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes entgegenzutreten. Auf die Klage der Frankfurter Redakteure lehnte das Frankfurter Amtsgericht zunächst die Eröffnung des Verfahrens mit der Begründung ab, es sei Chamberlains als eines überzeugten Anhängers der Vaterlandspartei gutes Recht, als seine Ueberzeugung auszusprechen, daß die „Frankfurter Zeitung“ materiell und ideell ausländischen Interessen diene. Erst eine höhere Instanz korrigierte diese vaterlandsparteiliche Rechtsauffassung.

In dem nunmehr zur Verhandlung stehenden Verfahren verteidigt Chamberlain sich damit, daß er als Beweis für die Schädigung deutscher Interessen durch die „Frankfurter Zeitung“ nicht nur ihr Eintreten für den Verständigungsfrieden, sondern auch ihre Befürwortung des parlamentarischen Regimes im Reich und des gleichen Wahlrechts in Preußen anführt! Dieser moderne Alldeutsche hält also alle Anhänger des gleichen Wahlrechts in Preußen für gefaßte Agenten des Auslandes.

Wir behalten uns vor, auf den Prozess noch zurückzukommen. Wir wollten heute nur die sonderbare Geistesverfassung des Herrn Chamberlain und seines Frankfurter Amtsrichters ein wenig beleuchten.

### Tapfere Heimkrieger.

Auf merkwürdige Art erzählt die Wohnungsnot in verschiedenen Städten Badens eine Verfallsgeschichte. Infolge der öfteren Fliegerangriffe auf Mannheim, Karlsruhe und Freiburg und andere Städte ziehen es viele „bessere“ Herrschaften vor, sich in nicht gefährdeten Gegenden des Vaterlandes niederzulassen. So wohnen z. B. viele Mannheimer Fabrikanten und hohe Angestellte in Heidelberg und anderen Orten des Neckarlandes, ja sogar bis an die entgegengesetzte Ecke des Landes, nach Konstanz am Bodensee, ziehen sich die Herrschaften zurück. Da in keiner dieser Städte genügend freie Wohnungen vorhanden sind, um die reichlichen Flüchtlinge aufzunehmen, so müssen eben die dortigen Mieter entweder die selben hohen Mieten zahlen, die die reichen Eindringlinge bieten, oder sie müssen sich auf die Straße setzen lassen, denn die Herren Hausbesitzer nützen die Konjunktur natürlich tüchtig aus. Konstanzler Blätter klagen bereits in die Öffentlichkeit und verlangen behördliches Eingreifen gegen diese Zustände.

Arbeiter sind es natürlich nicht, die ihr Leben auf solche Weise in Sicherheit bringen. Es sind dies nur jene Kreise, aus denen sich die Vaterlandspartei und Amerikaner rekrutieren, die nie genug bekommen können an dem herrlichen Krieg, was sie aber nicht abläßt, auszubreiten und ihr kostbares Heidenleben und Fortemontaine in Sicherheit zu bringen vor einer feindlichen Fliegerbombe.

### Die Grundstücksankäufe der „Westmark“.

Zu der Mitteilung, daß entgegen einem Beschluß des Haushaltsausschusses des Reichstages die Grundstücksverkäufe an die Landgesellschaft „Westmark“ fortgesetzt würden, wird amtlich erklärt:

„Demgegenüber können wir mitteilen, daß die Reichsverwaltung auf den Beschluß des Hauptausschusses alsbald in Erwägung darüber eingetreten ist, in welcher Weise den zugrunde liegenden Wünschen über die künftige Gestaltung der einschlägigen Verhältnisse Rechnung zu tragen sein wird. Das Ergebnis wird seinerzeit dem Reichstag mitgeteilt werden.“

Inzwischen darf aber die Ueberführung des französischen Grundbesitzes in deutsche Hand nicht ins Stocken geraten; es muß deshalb der Erwerb dieses Grundbesitzes seitens der vertragsmäßig hierzu heruitenen Gesellschaft fortgesetzt und womöglich beschleunigt werden. Ein Verkauf von Grundstücken zu Stielungswecken, auf den die Besprechungen des Hauptausschusses vornehmlich gerichtet waren, ist bisher nicht erfolgt und kommt nach Lage der Sache für die nächste Zeit überhaupt noch nicht in Frage!

Tatsächlich hat sich die große Mehrheit des Ausschusses nicht gegen die Liquidation des französischen Reiches erklärt, sondern dagegen, daß dieser Besitz durch die Landgesellschaft „Westmark“ zu Siedlungswecken verwertet werden soll. Dem Wunsche des Haushaltsausschusses hätte es aber entsprochen, wenn man die Landgesellschaft „Westmark“ völlig ausgeschlossen hätte. Da dieser Gesellschaft von hiesigen gerichteten Kreisen ein Einfluß eingeräumt worden ist, von dem man mit vollem Recht Ungeheil befürchtet. Jedenfalls muß die Anfechtung einer Gesellschaft übertragen werden, die wesentlich anders zusammengesetzt ist.

### Ernährungsfragen.

So kann es nicht weitergehen. . . .

In einer Ansprache im Münchener Stadtmagistrat führte Oberbürgermeister Dr. Gehler u. a. aus: „Nicht zu unterschätzen haben wir jetzt in der Lebensmittelversorgung zwei Gefahren, kaum aber genug Lebensmittel für ein Spiel. Die Erfahrungen der letzten Woche dürften auch weiteren Kreisen gezeigt haben, daß es so nicht weiter gehen kann. Es sei nicht bürokratischer Eigenart, wenn auf der Durchführung der öffentlichen Bewirtschaftung beharrt wird. Wenn das, was durch den Schleichhandel an Nahrungsmitteln heringeht, nur in Verbindung wäre, könnte man es noch gehen lassen, aber es zeigt sich, daß immer weitere Kreise dazu gezwungen werden, um sich zu ernähren, über die Rationen hinauszuweichen. Würde der Schleichhandel verboten, könnten die Rationen um 50 Proz. aufgebessert werden. Nicht nach Zentnern, nach Tonnen sind die Vorräte an Mehl, die allein in München beschlagnahmt wurden, weil es schwarz eingekauft wurde. Einzigartig beweist Dr. Gehler an der Schwelle des 3. Kriegsjahres, daß im Schleichhandel für uns die größte Gefahr liegt. Gelinge es nicht, den Schleichhandel mit allen Mitteln zu bekämpfen, so werde man im nächsten Frühjahr vor den allerschwersten Schwierigkeiten stehen.“

### So Butter und Eier bleiben.

Eine Schleichhandelsrechnung aus dem Siegfried.

Kürzlich veröffentlichten wir einen besonders eindringlichen Hinweis des Landrats des Siegfriedes an die Landwirte, mehr Butter und Eier abzugeben. In welchen Mengen diese hochwertigen Nahrungsmittel an einzelne Private abgegeben, dafür liefert unser Kürzer Bericht durch den Abdruck einer Originalrechnung einen Beweis. Demnach hat ein Kellereibesitzer in einem Monat an eine Kantine geliefert: 168 Liter Butter zu 40 Pfg., 12 Pfund Butter a 5 Mk., 15 weitere Pfund Butter in Topfen a 5 Mk., 5 Eier a 40 Pfg., 2 Liter Sahne a 3 Mk.,

6 Liter Buttermilch a 20 Pfg. Alles im Hungermonat Juli 1918! Da sage man einer, daß die Lebensmittel auf dem Lande nicht „erhält“ werden. Gewöhnlicher Siegfrieder bietet man im Siegfried 80 bis 40 Gramm Fett die Woche.

Hätte sich der Kellereibesitzer mit Schiechern in Verbindung gesetzt, so hätte er leicht dreimal so viel verdienen können.

### Vom Turiner Aufruhrprozess.

Die schon durch den Telegraphen bekannt gewordenen Urteile im Turiner Aufruhrprozess sind für den Leser der Zeit sehr interessante hingenommen Verhandlungsberichte eine schier unbegreifliche Angelegenheit! Denn es verhält sich keineswegs so, daß die Zensur mit der Berichterstattung Schwierigkeiten gemacht hätte. Einige Blätter mit Schamgefühl hatten sich in letzter Zeit sogar darüber aufgeregt, daß man dem „Avanti“ a. B. erlaubt hätte, fälschlich spaltenlange Berichte zu bringen. Nicht als ob man diesen Blättern glauben kann, daß die Verhandlungen gefährlichen revolutionären Zündstoff in die Öffentlichkeit hätten bringen können, aber man versteht ihre Beschämung darüber, daß man den Angeklagten die Verantwortung für den Turiner Brotaufruhr zur Last zu legen versuchte.

Denn die Verhandlungen brachten in allen Einzelheiten den lückenlosen Beweis, daß es sich bei den Unruhen in den Tagen vom 21. bis 24. August vorigen Jahres um eine regelrechte Hungerrivolte gehandelt hat. Selbst der Provinzpräsident Verdinois gab dafür alle Einzelheiten an; in den Prozessen befindet sich die statistische Angabe der Mehllieferungen an die Stadt Turin, die in den Unruhen vorangegangenen Tagen auf die Hälfte und ein Drittel der üblichen heruntergefallen war. Die Polizeibeamten gaben an, daß die tagelang vergeblich vor den Bäckereien wartenden Frauen schließlich vor dem Rathaus demonstrierten und vor die Fabriken zogen, um die Arbeiter zum Feiern herauszurufen, die schließlich, wie ein bekannter Großindustrieller als Zeuge beim Prozess auslegte, von den Fabrikanten selbst hinausgeschickt wurden, teils weil sie hofften, die Männer würden eher Brot schaffen können, teils weil sie die Uebergriffe der empörten hungerrnden Frauen fürchteten. Von einem regelrechten Streik, gar einem von den Gewerkschaften erklärten Generalkstreik, von dem die Anlage wissen wollte, war keine Rede. Vertreter der Unternehmerorganisation und der Gewerkschaften erklärten bei den Verhandlungen um die Wette, daß, solange der Krieg dauere, noch nicht einen Tag ein ernsthafter Konflikt zwischen Arbeitern und den Fabrikanten in Turin entstanden wäre und daß das Verhältnis geradezu ein herzliches wäre. (!) Auch die sozialdemokratischen Konjunktionsgesellschaften, die man in der Person ihres Sekretärs Francesco Borberis treffen wollte (und schließlich auch mit dem harten Urteil von 6 Jahren Zuchthaus getroffen hat), konnten nur betonen, daß sie alles getan hätten, die Brotkrawalle zu verhindern. Sie verdoppelten in den brotarmen Tagen ihren Betrieb, verkauften auch an Nichtmitgliedern und vergrößerten sich einen eigens verstärkten Lastautodienst, um die Belieferung der einzelnen Verkaufsstellen möglichst rasch zu bewerkstelligen.

Von den 800 bei den Demonstrationen Verhafteten ließ sich in keinem einzigen Falle nachweisen, daß es sich um Mitglieder der sozialistischen Partei gehandelt habe, auch unter den 20 Schwerverwundeten und den 41 Toten waren keine Sozialdemokraten, trotzdem bestand die Anklage darauf, den verschiedenen Sozialistenführern die Schuld an den Unruhen beizulegen, auch als ihr so nach und nach alles greifbare Material unter den Händen schwarz. Ursprünglich sollten 200, später 67, später 13 Personen zur Verantwortung gezogen werden, schließlich hielt man sich an die Sozialisten, die zum Teil, wie z. B. der „Avanti“-Herausgeber, Serrati, erst in allerletzter Zeit verhaftet worden waren.

Während die Mehrzahl der Angeklagten, auch Zeugen aus Partei- und Gewerkschaftskreisen, immer wieder betonten, wie fern ihnen jede wirklich revolutionäre Tätigkeit läge, so machte Menotti Serrati, der Herausgeber des „Avanti“, aus seiner entschlossenen revolutionären Denkweltweise kein Hehl und gab zu, daß er nicht nur immer wieder die russische Revolution hochleben ließ, sondern auch die italienische, die er mit allen Fibern seiner Seele herbeisehne. Gerade an seiner leidenschaftlichen Enttäuschung über seine Mißerfolge hätte aber das Gericht ersehen müssen, wie wenig er vermochte, das Volk für seine Pläne zu gewinnen. Ihm vollends irgend einen Zusammenhang mit den Turiner Vorgängen anzudichten, den er niemals geleugnet haben würde, wenn er vorhanden gewesen wäre, kann nur als Schande und schlimmste Rechtsbeugung bezeichnet werden. Serrati war in der in Betracht kommenden Zeit gar nicht in Turin und konnte, als er über den Zustand Nachrichten für den „Avanti“ holen wollte, nur bis an seine Tore bringen. Aber man hat wegen des sogenannten „indirekten Rerrats“ den unbehaglichen Mann jetzt drei Jahre wenigstens ins Gefängnis gebracht. Von den übrigen Sozialisten erhielt Barberis sechs Jahre Zuchthaus, Rabbezano, Maria Giudice und D'Alberto drei Jahre Gefängnis.

### Die Löhne in der Kriegsindustrie.

Zur Statistik des Metallarbeiterverbandes und zu dem Streit, der sich im Anschluß an sie entsponnen hat, sagt das Korrespondenzblatt der Generalcommission:

„Es war hohe Zeit, daß über die Löhne in den Rüstungsindustrien endlich einmal Klarheit für weiteste Kreise geschaffen wurde, denn die ganze Arbeiterbewegung litt seit langem unter der Unklarheit im Geheimen als auch in unprüfbarer Preisenotigen geriebenen Aufbauschung, und berechtigte Forderungsbewegungen hatten gegen den dadurch künstlich gezüchteten Wall von Voreingenommenheit und Neid anzukämpfen. Auch trübte sich die Agitation der Unternehmer für Lohnherabsetzungen nach dem Kriege ganz besonders auf diese behaupteten, riefenhaften Kriegslohne der Arbeiter. Wenn das Unternehmertum die Erhebungen des Metallarbeiterverbandes anzweifelt, dann möge es mit der Veröffentlichung seiner Lohnlisten herauszutreten, aber sie müssen sich auf sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen erstrecken, nicht nur auf eine kleine Oberschicht, während die Masse der niedrig belohnten Isamhart verschwiegen wird. Die Arbeiterchaft kann die volle Wahrheit wohl vertragen.“

Das Korrespondenzblatt weist dann noch auf eine Auffklärung des Kriegsernährungsamts hin, in der ausgeführt wird, daß nur eine schmale Schicht technisch besonders qualifizierter Arbeiter wirklich hoch angelegene Löhne bezieht. Aber daneben gebe es außer den Beamten und Angestellten noch Millionen angelegener befristeter Industriearbeiter, deren Lohnneinommen nicht sehr über das Friedensmaß rhyet und vor allem der Steigerung der Lebens- und Nahrungslosten in keiner Weise gefolgt ist.

Darauf wird man Ingen können, daß alle erreichbaren Zahlen und alle wirklich trafen und verantwortliche Männer darin

überzinstimmen, daß die Erzählungen über allgemeine Not und Verdrüß bei den Arbeitern in der Kriegszeit teils Schwindel, teils haltlose Uebertreibungen sind.

### Das Greifswalder Aufgebot.

In den Blättern der guten alten Universitätsstadt Greifswald fand sich in diesen Tagen folgende politische Bekanntmachung:

Das Brotgetreide des alten Erntejahres ist aufgebraucht. Eine außergewöhnlich gute Ernte liegt vor den Toren der Stadt. Diese muß binnen 48 Stunden von der nahen Feldmark in die Stadt geschafft und zur Mehl verarbeitet werden, soll in den nächsten Tagen nicht ein für jedermann schwer fühlbarer Mangel an Mehl und Brot bei unserer Mitbürgerschaft eintreten. Es ist deshalb allgemeine Bürgerpflicht, sofort Hand anzulegen und unsern Ackerbürgern zu helfen, die Ernte sofort hereinzubringen. Dies ist um so nötiger, als die Gefahr besteht, daß der bald zu erwartende Regen die Ernte verderben kann. Dieser Schaden wäre unerträglich. Da wir dem guten werktätigen Sinne der Bürgerschaft vertrauen, sehen wir von den uns zu Gebote stehenden Zwangsmahnahmen ab. Wir bitten aber dringend alle Mitbürger — Frauen, Kinder und Männer —, sich noch heute sofort auf der Polizeiwache zur Hilfeleistung zu melden. Vaterländische Pflicht eines jeden ist es, zum mindestens sein Dienstmädchen für einige Tagesstunden zu beurlauben.

Greifswald, den 1. August 1918.  
Die Polizei-Direktion.  
Borrmann.

Bei turnerischen Veranstaltungen sieht man zuweilen einen Mann, der vor dem Sprungbrett einen mächtigen Anlauf nimmt, so daß der Zuschauer meinen muß, er wolle Kirchturmhöhe erreichen. Schließlich aber bleibt er vor der Leine stehen. So auch hier. Man sieht sie förmlich zum Tore hinauswallen: Professoren mit den Gattinnen und Töchtern, Studenten und Studentinnen, Hausbesitzer und Zimmervermieterinnen, Bürgermeister und Stadtratsordner. Aber es ist nur eine Augenwäscher. Ein paar Dienstmädchen repräsentieren zum Schluß zwangsweise die „allgemeine Bürgerpflicht“ und den „guten werktätigen Sinn“ der Bevölkerung.

Der Regen hat den wilden patriotischen Eifer schon weg-gewaschen, noch bevor er gefallen ist. Und der Rat der Polizeidirektion ist zusammenschmolzen, bevor die Bekanntmachung zu Ende klickte war.

Schließlich ist es ja auch noch in der äußersten Not bequem, wenn einige Dienstmädchen, als wenn die Professorenfrauen und die höheren Töchter höchstselbst Garben binden und Getreidesubstr auf- und abladen. Unbeschadet dessen kann in Festreden und Festartikeln immer wieder behauptet werden, daß wir gleichermaßen arbeiten und leiden: eine für alle Schwestern und alle für eine. So eine kleine politische Bekanntmachung, die den Dienstmädchen eine Ausnahmestellung zuweist, ist ja bald vergessen.

### Für unsere Frauen.

Gegen bevölkerungspolitische Pläne.

Das Frauenbureau des Parteivorstandes macht darauf aufmerksam, daß es dringend geboten ist, daß die Frauen die nächsten zwei Monate noch eifrig zur Aufklärung über die Bedeutung des Gebührenturmes gegen die Verhinderung der Geburten nützen, bevor derselbe mit Beginn der neuen Session vor das Plenum des Reichstags kommt. Geht der Entwurf, der den Frauen in jedem Fall jedes Schutzmittel gegen Empfangnis nehmen will, haben der Bund deutscher Frauenvereine, der Verband Wirttembergischer Frauenvereine, die Parteigenossinnen von Groß-Berlin, der deutsche Stimmrechtsverband und andere Frauenorganisationen beim Bevölkerungsausschuß des Reichstags Einspruch erhoben, ohne daß sie jedoch auf Erfolg rechnen dürften. Die Abwehr des die Frauenwelt in geandertlicher, moralischer wie sozialer Hinsicht bedrohenden Geistes muß daher in der noch übrigbleibenden Zeit in weit verstärktem Maße von den Frauen betrieben werden, wenn die Frauen überhaupt noch ihren Einfluß in dieser wichtigen, sie vor allem betreffenden Frage durchzusetzen hoffen.

### Aus Nah und Fern.

Schweres Badeunglück. Ein schweres Unglück hat sich, wie „Niederhiesl. Anz.“ gemeldet wird, bei Köben (Schlesien) ereignet. In der Oder badeten sieben junge Mädchen aus Kadshüh, von denen drei erst tags vorher aus Berlin zu Besuch eingetroffen waren. Die von einem Stromlauf fahrenden Dampfer verursachten Wellen zogen die Badenden in einen Strudel und die drei jungen Mädchen aus Berlin ertranken. Ebenfalls erkrankt Fräulein Mai aus Kadshüh, die beiseit ins Wasser geprüngt war, um den Ertrinkenden zu helfen. Eins der jungen Mädchen konnte noch zwei anderen retten und zwei der Leichen bergen. Die Leiche der Mai ist noch nicht gefunden. Die Verunglückten standen im Alter von 20 bis 26 Jahren.

Von einem Dieb erschlagen. Bei der verurteilten Festnahme von Geflügeldieben in Alt-Landsberg ist der Nachtwächter und Schuldiener Kizler von einem oder mehreren Dieben mit einer Brodtange getötet worden. Von den Tätern hat man noch keine Spur.

Ein Schleichhändler erschossen. Im Kreise Gelnhausen wurde dem „S. T.“ zufolge bei einem Zusammenstoß zwischen einem Gendarm und mehreren Schleichhändlern der Schleichhändler Groh aus Frankfurt a. M. von dem Gendarm erschossen.

Der Schleichhandel in Münchener Gaststätten. Aus München wird berichtet: Die Gaststätte vom Augustiner in der Neubauleerstraße wurde schon wiederholt wegen Bezugs und Abgabe marktfreien schwarzgeschlachteten Fleisches verwahrt. Die Speisekarte vom Dienstag, 30. Juli (fleischloser Tag) enthielt u. a.: Hausmannskost, Beinsfleisch, Schweinsbraten, Schweinefleisch, Hackbraten, Pöselzunge, Rostbrat, Taube, Huhn und Kapaun. Am Sonnabend, 3. d. M., wurde der Gaststätte vom Fleischart ein ganzes Rind neben anderem Fleisch zugewiesen. Trotzdem mußte bald darauf wegen dringenden Verdachts einer Schwarzschlachtung eine Sichtung vorgenommen werden. Dabei fanden sich denn auch in einem alten Bierfeller verpackt drei Zentner Fleisch von zwei schwarzgeschlachteten Ochsen und 1½ Zentner im Schleichwege erworbenes Weizenmehl vor. Um den Abtransport der beschlagnahmten Lebensmittel mit Gewalt zu verhindern, legten der in der Gaststätte angestellte, der Polizei als gewalttätiger Mensch bereits bekannte Metzger Angermeier und der Buchhalter Müller des Wirtschafspächters Flad die in den beiden Schwämmen des Augustiners befindlichen Gäfte, zu denen, wie schon öfter festgestellt, Schleichhändler und Händler gehören, auf die den Transport begleitenden Polizeibeamten. Eine Rote von etwa 300 Menschen ging dann zu Teil mit Wejsern auf die Beamten los, so daß diese nur mit geogener Wiskole sich ihrer erwehren konnten.

Der Häuptling der Sioux-Indianer gefallen. Die „Times“ vom 2. August enthält Unterredungen mit den Indianern, die in amerikanischen Regimenten zwischen Reims und Soissons kämpften. Ein Indianer erzählte: „In einem einzigen amerikanischen Regiment, das auf offiziem Felde zum Angriff gegen den Feind marschierte, befanden sich 20 meiner Kaslegenossen, lauter berühmte Patrouillenführer und Schützen aus Dakota. Unser tapferer Häuptling hieß bei Sergy (indisch) von Fere-en-Tandenois, als er keine Leute führte. Seine letzten Worte waren: „Bleibt auf dem Kriegspfade, Jungens!“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwart. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.